

SEDUTA n. 25 del 27.09.1994

Vorsitzender: Vizpräsident Peterlini
Presidenza del Vicepresidente Peterlini

Ore 10.10

PRÄSIDENT: Ich bitte die Abgeordneten Platz zu nehmen und mit dem Namensaufruf zu beginnen.

PRESIDENTE: Prego i signori Consiglieri di prendere posto e di procedere all'appello nominale.

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Für die heutige Sitzung haben sich die Abg. Alessandrini, Berger, Durnwalder, Frick, Saurer und Waldner entschuldigt.

PRESIDENTE: Per la seduta odierna hanno giustificato la loro assenza i cons. Alessandrini, Berger, Durnwalder, Frick, Saurer e Waldner.

PRÄSIDENT: Ich bitte um Verlesung des Protokolles der letzten Sitzung.

PRESIDENTE: Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

DENICOLO': (Sekretär):(verliest das Protokoll)
(segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Gibt es Einwände zum Protokoll? Keine. Dann gilt das Protokoll als genehmigt.

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al processo verbale? Nessuna. In tal caso il processo verbale risulta approvato.

PRÄSIDENT: Ich darf folgende Mitteilungen verlesen:

Es wurden folgende Anfragen eingebracht:

- von den Regionalratsabgeordneten Holzmann, Bolzonello und 8Taverna die Anfrage Nr. 30 vom 22. September 1994 betreffend die Beförderung eines Bediensteten ohne Doktorat in den 9. Funktionsrang;
- von den Regionalratsabgeordneten Holzmann, Bolzonello und Taverna die Anfrage Nr. 31 betreffend die von der Brennerautobahn AG in der Provinz Bozen vorgenommenen Personaleinstellungen;

- von den Regionalratsabgeordneten Holzmann, Bolzonello und Taverna die Anfrage Nr. 32 betreffend die Bediensteten des Regionalrats;
- von den Regionalratsabgeordneten Holzmann, Bolzonello und Taverna die Anfrage Nr. 33, mit welcher um ein Verzeichnis der Überstunden ersucht wird, die den Bediensteten des Regionalrats ausbezahlt worden sind.

Von der Gemeinde Borgo Valsugana ist der Beschlußantrag Prot. Nr. 9882 vom 23. August 1994 betreffend die Änderung des Wahlsystems übermittelt worden.

Genannter Beschlußantrag steht allen daran interessierten Regionalratsabgeordneten im Sekretariat des Regionalrates zur Verfügung.

PRESIDENTE: Darò ora lettura delle comunicazioni:

Sono state presentate le seguenti interrogazioni:

- n. 30, in data 22 settembre 1994, dai Consiglieri regionali Holzmann, Bolzonello e Taverna concernente la promozione al nono livello di un dipendente sprovvisto di laurea;
- n. 31, dai Consiglieri regionali Holzmann, Bolzonello e Taverna concernente le assunzioni fatte in provincia di Bolzano dalla società Autostrada del Brennero;
- n. 32, dai Consiglieri regionali Holzmann, Bolzonello e Taverna, concernente i dipendenti del Consiglio regionale;
- n. 33, dai Consiglieri regionali Holzmann, Bolzonello e Taverna, con la quale si richiede l'elenco delle ore straordinarie liquidate ai dipendenti del Consiglio regionale.

Da parte del Comune di Borgo Valsugana è pervenuta la mozione prot. n. 9882 del 23 agosto 1994, relativa alla modifica del sistema elettorale.

La medesima è disposizione dei consiglieri eventualmente interessati, presso la Segreteria del Consiglio.

PRÄSIDENT: Dann wollte ich noch etwas sagen: Ich habe die Aufgabe gehabt, dem Fraktionssprecherkollegium heute früh auch in Erfüllung einer Verpflichtung, die das Präsidium dem Regionalrat gegenüber eingegangen ist, einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, den das Präsidium über die Neuregelung der Aufwandsentschädigung und der Renten für die Regionalratsabgeordneten vorbereitet hat. Mit dem Entwurf sollen Einsparungen bei den finanziellen Aufwendungen erzielt und verschiedene Begünstigungen für die Abgeordneten abgeschafft werden, sowie ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Einzahlungen und Auszahlungen für die Rente erreicht und mehr Rechtsicherheit und Transparenz gewährleistet werden. Der Gesetzentwurf ist von den Fraktionssprechern zur Kenntnis genommen worden. Er geht jetzt seinen gesetzlichen Iter. Das Präsidium hat ihn sozusagen institutionell geöffnet. Wer ihn unterzeichnen möchte - eine Reihe von Abgeordneten haben das bereits getan - ist dazu eingeladen. Er wird dann heute an die Ämter weitergeleitet und natürlicherweise der

Gesetzgebungskommission mit allen anderen Entwürfen, die bereits vorliegen, zur Behandlung weitergereicht worden.

Soweit die Mitteilungen.

PRESIDENTE: Volevo aggiungere alcune comunicazioni: questa mattina sono stato incaricato di sottoporre all'attenzione della conferenza dei capigruppo un disegno di legge elaborato dall'Ufficio di Presidenza, un impegno che tale Ufficio aveva assunto nei confronti del consiglio regionale ed a cui è stato dato adempimento e relativo alla nuova disciplina delle indennità e dei vitalizi dei consiglieri regionali. Con tale progetto di legge si prevede di realizzare delle economie di spesa, di abolire numerosi benefici dei consiglieri, introdurre un maggiore equilibrio tra i versamenti ed il conseguimento all'assegno vitalizio e gli oneri ad esso collegati, nonché creare una maggior sicurezza giuridica e trasparenza. La conferenza dei capigruppo ha preso atto di tale disegno di legge che ora dovrà seguire l'iter legislativo avviato dall'Ufficio di Presidenza. Chi desidera sottoscriverlo è invitato a farlo, molti consiglieri vi hanno già provveduto. Oggi verrà trasmesso agli uffici ed ovviamente alla Commissione legislativa unitamente a tutti gli altri disegni di legge in materia, precedentemente presentati.

Questo era quanto volevo comunicare all'Aula.

PRÄSIDENT: Jetzt kommen wir zum Artikel 17 Absatz 3. Es war ein Abänderungsantrag von den Kollegen Klotz und Benedikter in Behandlung. Wir haben ihn bereits verlesen und ich möchte der Abg. Klotz das Wort zur Erläuterung erteilen.

PRESIDENTE: Passiamo ora all'art. 17 comma 3. E' stato presentato un emendamento dai colleghi Klotz e Benedikter, di cui abbiamo già dato lettura. Concedo la parola alla cons. Klotz per l'illustrazione.

KLOTZ: Herr Präsident, nicht zur Erläuterung, denn es hat bereits mein Kollege Benedikter, der ja der Ersteinbringer ist, diesen Änderungsantrages erläutert und vor allen Dingen aus juridischer Sicht dargelegt.

Kollege Benedikter hatte vor allen Dingen die Einwände vorgebracht, die aus den Bestimmungen des Autonomiestatutes klar hervorgehen, in welchem nämlich das Verhältniswahlrecht vorgesehen ist, also das Proporzsystem auch für die Wahlen. Es geht hier - um vielleicht uns das alles noch einmal kurz in Erinnerung zu rufen - um die Bestimmung in der Regierungsvorlage, wonach die Gemeinderatsmitglieder nach dem vollen Quotienten gewählt werden und daß nur jene Gruppen auch ein Restmandat bekommen sollen, die ein Vollmandat bereits haben. Daß also jemand, der beispielsweise einen sehr hohen Rest, aber kein Vollmandat erhält, nicht in den Gemeinderat einziehen kann.

Ich muß hier an die Diskussionen von 1987 und 1992 erinnern, bei denen es immer wieder um die Angriffe auf dieses System gegangen ist. Wir haben diese Vorschrift 1987 abwenden können, als man auch für die Wahl des Regionalrates diese Regelung vorsehen wollte: also daß nur diejenige Partei und Gruppierung im

Regionalrat vertreten sein soll, die mindestens einen vollen Quotienten hat, also ein Vollmandat, und daß eben die Reste nur an diejenigen Parteien gehen können, die ein Vollmandat haben. Es waren damals viele kleine Gruppierungen vertreten und so haben wir die Gefahr abwenden können, weil wir alle gemeinsam vehement dafür eingetreten sind, daß man an dieser Regelung nichts ändert. 1992 gab es dann dieselbe Debatte wieder und wiederum ist es den politischen Minderheiten hier gelungen, zu verhindern, daß es damals abgeändert wurde. Nun kommt es in dieser sogenannten Wahlreform und da muß ich jetzt vor allen Dingen die Vertreter von kleineren Gruppierungen darauf hinweisen, daß mit Sicherheit, wenn es hier durchgeht, sehr bald die gleiche Regelung für die Regionalratswahlen kommen wird. Also Solidarietà, Alleanza per il Trentino und wie sie alle heißen auch bei uns in Südtirol usw.: Es heißt schon frühzeitig denken, welche Folgen so eine Abänderung haben kann, auch weil sehr viele Gruppierungen hier mit zwei oder drei Abgeordneten vertreten sind. Es ist wirklich nicht gesagt, daß das in alle Ewigkeit so sein muß. Aber warum sage ich das hier? Weil wir in Südtirol bzw. in der Region Trentino-Südtirol eine ganz besondere Situation haben. Man kann nicht als Beispiel die Bundesrepublik Deutschland oder Österreich zitieren. Wir haben aufgrund unserer politischen Situation auch eine ganz besondere demokratiepolitische Situation.

Stellen wir uns nur einmal vor, wenn in vielen kleineren oder mittleren Gemeinden nur jene im Gemeinderat vertreten sind, die einen vollen Quotienten, also ein Vollmandat, erreicht haben, wieviele Parteien dann ausgeschlossen sind. In unserem Fall ist das eben besonders demokratiepolitisch gefährlich. Es ist auch nicht gerecht, daß beispielsweise jemand, der dem Vollmandat sehr sehr nahe kommt, nicht vertreten sein soll, aber jemand, der beispielsweise schon vier, fünf Vollmandat hat, mit einem ganz kleinen Rest auch noch ein Mandat dazubekommen. Das ist auch ungerecht. Denken wir daran wie schwierig es ist, besonders in Südtirol. Ich kenne die Verhältnisse im Trentino etwas weniger, aber wie schwierig ist es in vielen Gemeinden überhaupt, mit einer eigenen Liste anzutreten und Kandidaten dafür zu gewinnen, weil wir wissen, daß es dort sehr häufig auch die Möglichkeit der Druckausübung gibt. So wie wir uns haben sagen lassen müssen oder wie es sich Mitglieder oder Kandidaten von uns bei Gemeinderatswahlen von Funktionären der Mehrheitsparteien sagen haben lassen müssen: Opposition muß man sich erst einmal leisten können. Diese Aussagen müssen wir in diesem Zusammenhang schon ernst nehmen.

In Sachen Amtsdauer des Bürgermeisters und Legislatur denken wir äußerst liberal, d.h. wenn wir die Direktwahl des Bürgermeisters einführen, der ein so großes Vertrauen der Bevölkerung braucht, dann müssen wir einen Bürgermeister ruhig auch länger im Amt lassen können als nur drei Jahre. Davon bin ich überzeugt, weil er das ausdrückliche und große Vertrauen der Bevölkerung haben muß. Wir sind der Meinung, daß man einen Gemeinderat fünf Jahre lang arbeiten lassen soll und nicht vier Jahre lang, denn bis das Ganze anläuft, bis sich nicht nur ein Bürgermeister, sondern auch die Gemeinderäte eingearbeitet haben, braucht es seine Zeit. Im übrigen soll es auch doch einigermaßen den übrigen Regelungen angepaßt sein, wie wir hier im Regionalrat auch fünf Jahre haben.

Während wir also hier sehr aufgeschlossen und auch offen sind und sagen: jawohl, warum soll der nicht länger als drei Legislaturen machen können, sind wir hingegen in dieser Sache, daß auch Gruppierungen mit den höchsten Resten bei der Verteilung der Mandate zum Zuge kommen, unerbittlich, weil wir eben wissen, daß das in unserer ganz konkreten politischen, demokratiepolitische Situation einfach notwendig ist, und wir haben hier sehr sehr viele Beispiele, die wir auch nennen können.

Ich möchte einfach abschließend natürlich an die kleineren Fraktionen appellieren, gleichgültig ob sie ein Vollmandat gehabt haben oder nicht, daß wir hier gemeinsam dafür kämpfen müssen, daß dieses heutiges System nicht abgeändert wird. Da müssen wir einfach ganz vehement dafür eintreten, denn wie gesagt, und ich weise noch einmal darauf hin, wenn wir es hier gutheißen, dann kommt es nächstens für die Wahl zum Regionalrat, das ist so sicher wie das Amen im Gebet.

(Signor Presidente, non desidero prendere la parola per l'illustrazione della proposta emendativa, poiché vi ha già provveduto il cons. Benedikter, il primo firmatario dell'emendamento, che ne ha esposto le motivazioni giuridiche.

Il collega Benedikter ha innanzi tutto sollevato delle obiezioni che risultano chiaramente dallo Statuto di autonomia in cui è previsto il sistema proporzionale. Si tratta quindi, e lo ricordo brevemente ai colleghi presenti, della norma prevista dal disegno di legge elaborato dalla Giunta regionale, secondo cui i membri il consiglio comunale vengono eletti secondo il quoziente naturale ed i più alti resti che vengono attribuiti solamente a quelle liste che abbiano ottenuto un numero di voti validi pari almeno al quoziente naturale. Per cui, se una lista ha ottenuto degli alti resti, ma non il quoziente naturale, non può insediare i propri consiglieri in consiglio comunale.

Vorrei in tale contesto ricordare la discussione che si è svolta dal 1987 al 1992 in cui si è continuamente attaccato questo sistema. Abbiamo potuto respingere una norma simile a quella che ora viene proposta dalla Giunta, quando la si voleva introdurre per l'elezione del Consiglio regionale ovvero che in Consiglio regionale potevano essere rappresentati quei partiti o gruppi che avevano raggiunto un quoziente naturale, e che i resti potevano essere attribuiti solamente a quei partiti che lo avevano raggiunto. Allora vi erano molti piccoli gruppi rappresentati ed abbiamo potuto evitare tale pericolo attivandoci fortemente per il mantenimento delle norma nella sua formulazione originaria. Nel 1992 poi, questa discussione è stata ripresa, e le minoranze politiche sono riuscite ad evitare tale modifica. Ed ora arriviamo alla cosiddetta riforma elettorale e vorrei far notare in particolar modo ai rappresentanti dei gruppi minori che, se verrà introdotta tale disciplina a livello comunale, ben presto verrà applicata anche a livello regionale. Per cui Solidarietà, Alleanza per il Trentino, etc. sono invitati ad essere lungimiranti e quindi a riflettere sulle conseguenze che una simile modifica potrà avere, poiché vi sono numerosi gruppi che sono rappresentati da due o tre consiglieri. Probabilmente la situazione non permarrà così sempre. Perché dico queste cose? Perché in Trentino o meglio nella Regione Trentino-Alto Adige vi è una situazione particolare. Non si può addurre come esempio la Repubblica Federale

Tedesca o l'Austria, poiché la nostra situazione politica e democratica è molto particolare.

Pensiamo ad es. cosa succederebbe in quei comuni in cui sono rappresentati solamente quei gruppi che hanno ottenuto un quoziente naturale e quanti partiti verrebbero esclusi. Non sarebbe corretto che, se ad es. qualcuno si avvicina notevolmente al quoziente naturale non ottenga però un seggio, ma che lo ottenga invece chi ha già raggiunto quattro o cinque mandati con i quozienti naturali, e che con un piccolo resto ottenga un altro mandato. Questo è a mio avviso ingiusto, pensiamo a quanto difficile sia la situazione ad es. in Alto Adige. Non conosco bene la situazione in Trentino, ma so che in molti comuni è difficile candidare con una lista ed avere dei candidati, poiché sappiamo che spesso viene esercitata una certa pressione. Così come si è verificato che noi, oppure i nostri candidati in occasione delle elezioni comunali, si siano sentiti dire dai partiti di maggioranza: "bisogna essere in grado di fare dell'opposizione. Queste affermazioni dobbiamo prenderle sul serio in questo contesto.

Per quanto attiene la durata del mandato del Sindaco e la durata della legislatura noi pensiamo in modo molto liberale, ovvero riteniamo che se vogliamo introdurre l'elezione diretta del sindaco che necessita di una così grande fiducia da parte della popolazione, allora dobbiamo lasciarlo in carica per più di tre anni. Sono fermamente convinta del fatto che egli debba avere la massima fiducia della popolazione. Siamo anche dell'avviso che il consiglio comunale dovrebbe rimanere in carica per cinque e non quattro anni, poiché sinché il sindaco ed anche i consiglieri comunali si sono addentrati nella materia, è necessario un determinato periodo. Del resto sono dell'avviso che tale durata dovrebbe essere adeguata al mandato vigente per gli altri organi, ed anche la legislatura del consiglio regionale dura cinque anni.

Per cui mentre siamo molto aperti e affermiamo che il sindaco deve poter rimanere in carica anche per più di tre legislature, siamo altrettanto poco lungimiranti e prevediamo che possa effettuarsi l'elezione dei consigli comunali a scrutinio di lista ottenuta con metodo del quoziente naturale dei più alti resti fra le sole liste che abbiano ottenuto un numero di voti validi pari almeno al quoziente naturale, mentre invece la nostra particolare situazione politica ci impone altre norme.

Concludendo vorrei appellerarmi ai gruppi minori, indipendentemente dal fatto che raggiungano un quoziente naturale o meno, invitandoli a lottare congiuntamente affinché il sistema vigente non venga modificato. Dobbiamo attivarci con forza in tal senso, poiché, come ho avuto modo di dire, se approviamo tale norma, questo sistema verrà introdotto anche alle elezioni regionali. E' cosa certa.)

PRÄSIDENT: Danke, Frau Abg. Klotz.

Jetzt eröffne ich die Debatte über den Antrag Klotz.

Das Wort hat die Frau Abg. Zendron. Ihr Abänderungsantrag - ich möchte das nur vollständigheitshalber sagen - hätte eigentlich normalerweise, nachdem er den gesamten Absatz 3 ersetzt, vorher behandelt werden müssen, aber nachdem er bereits in Behandlung gestanden ist, wird er abgehakt und dann kommt der umfassende

Ersatzantrag zum Absatz 3, der von den Kollegen Kury und Zendron eingereicht worden ist.

Bitte, Sie haben das Wort Abg. Zendron.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Klotz.

Dichiaro aperto il dibattito sull'emendamento della cons. Klotz.

La parola ora alla cons. Zendron. Il suo emendamento sarebbe dovuto essere esaminato prima, dal momento in cui sostituisce l'intero comma 3, ma poiché l'emendamento Klotz è già all'esame dell'Aula, verrà trattato per primo e poi esamineremo l'emendamento sostitutivo al comma 3, presentato dalle conss. Kury e Zendron.

Il prossimo relatore iscritto a parlare è la cons. Zendron. Prego, ne ha facoltà.

ZENDRON: Grazie, signor Presidente. Parlerò dell'emendamento dell'Union, ma anche del nostro, perché è lo stesso argomento, tanto per chiarirci.

Ho le stesse perplessità che si sono manifestate in questi due emendamenti per quanto riguarda l'introduzione di una soglia nel nostro sistema proporzionale, sia pure una soglia bassa, in particolare nutro preoccupazione per quello che riguarda le realtà piccole, nei piccoli paesi, dove sappiamo che obiettivamente c'è una situazione politica ben precisa, ma l'aspetto che vorrei farvi notare è quello delle minoranze linguistiche e sia in collegamento con l'art. 62 dello statuto, ma anche di per sé sul fatto che mi sembra preoccupante e non positivo limitare la rappresentanza delle minoranze linguistiche all'interno dei consigli comunali, voi sapete che lo statuto dà una garanzia della presenza in giunta comunque quando ci siano due rappresentanti di minoranze linguistiche all'interno del consiglio, però credo che, in generale, bisognerebbe favorire il fatto che due rappresentanti vengano eletti nel consiglio, fatto ben dubbio nel caso che ci sia questa limitazione che viene introdotta attraverso il quoziente naturale e quindi mi pare che dovremmo riflettere, sappiamo che è una proposta che va avanti da anni, in cui questi due principi fondamentali dei sistemi elettorali, l'equità e la governabilità, si scontrano, cioè è sempre stato così che i piccoli gruppi hanno sostenuto di più l'aspetto dell'equità, d'altro canto ci sono molte situazioni in generale, in Italia in particolare, molto meno da noi, in cui l'aspetto della governabilità ha fatto propendere per limitazioni o comunque ha fatto sostenere limitazioni da parte di certuni. Tuttavia credo che proprio perché nella nostra provincia - l'emendamento riguarda la provincia di Bolzano - sostanzialmente, problemi di governabilità non ce ne sono, abbiamo un partito che nella stragrande maggioranza dei comuni ed in tutti quelli piccoli ha la maggioranza assoluta e quindi non esiste un problema di governabilità, eventualmente esiste un problema di dotazione della minoranza in maniera che riesca a svolgere il suo compito proprio indispensabile alla democrazia di controllo e tutte quelle funzioni che non intendo descrivere. Abbiamo concordato all'interno di questa legge un limite del tutto ragionevole, i 13.000, quindi in

questa misura mi pare che non ci sia né la necessità e soprattutto non c'è l'opportunità che venga introdotta una soglia.

Per quello che riguarda i comuni sopra i 13.000 abitanti il discorso è un po' diverso - e vorrei farlo e successivamente una conclusione a proposito di questi due emendamenti -; sopra i 13.000 abitanti obiettivamente ci sono dei problemi di governabilità e mi chiedo se in centri come Bolzano, Merano eccetera l'equilibrio fra equità e governabilità, considerato che la soglia che viene introdotta è piuttosto bassa, il quoziente naturale, che è anche piccolo, essendo il numero dei consiglieri alto, è forse da prendersi più in considerazione; d'altro canto anche nei comuni grandi si rischia di contravvenire, di mettere in pericolo la questione della rappresentanza etnica.

Concludendo: noi siamo d'accordo con l'emendamento Union-Freiheitlichen per l'abolizione comunque della soglia, in seconda battuta, se questo non dovesse essere approvato, proponiamo il nostro emendamento, che va un po' più nella direzione, rispetto ai due principi che ho enunciato, della governabilità rispetto all'equità, però anche il nostro emendamento, come avete visto, in ogni caso tiene ferma l'abolizione del quoziente naturale fino a 13.000 abitanti, perché effettivamente mi pare che non sia il caso, non c'è appunto né la necessità né l'opportunità.

PRÄSIDENT: Danke, Frau Abg. Zendron.

Wer meldet sich noch zum Abänderungsantrag zu Wort? Zur Replik?

Gut.

Abg. Pinter, bitte.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Zendron.

Chi desidera intervenire in merito all'emendamento? In fase di replica?

Bene.

Prego, cons. Pinter, ne ha facoltà.

PINTER: Brevemente per esprimere il pieno sostegno del mio gruppo all'emendamento presentato e illustrato dai cons. Benedikter e Klotz, perché credo che coniuga due esigenze, da una parte quella del rispetto della norma statutaria a tutela delle minoranze e costituzionale a tutela delle minoranze linguistiche, dall'altra, credo, mette assieme anche il principio di tutela delle minoranze anche in senso più ampio, cioè anche di carattere politico. La stessa cons. Zendron ha peraltro ampiamente illustrato le ragioni e le necessità di rimuovere questa soglia, soprattutto per quanto riguarda la situazione del Sudtirolo, credo peraltro che sia preferibile l'emendamento Klotz rispetto agli altri emendamenti, in quanto penso sia più corretto abolire nettamente la soglia più che stabilirla per i comuni sopra i 13.000 abitanti, perché, per quanto possa essere diversa la situazione, in ogni caso se si afferma un principio lo si afferma fino in fondo, va aggiunto peraltro che con il nuovo sistema elettorale, quindi comunque la garanzia della formazione delle maggioranze e quindi con la possibilità in ogni caso per la coalizione di avere il 60% per governare, credo che il problema cosiddetto della frammentazione e della dispersione non esista più e quindi in ogni caso sia quanto mai compatibile anche

con la governabilità la tutela in senso stretto e proporzionale delle minoranze stesse, per cui invito la Giunta a considerare l'opportunità di approvare questo emendamento per l'abrogazione della soglia.

PRÄSIDENT: Möchte noch jemand das Wort ergreifen. Zur Replik bekommt ihr das Wort.

Zuerst Abg. Taverna.

PRESIDENTE: Chi desidera intervenire?

Prego, cons. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente, una brevissima dichiarazione a sostegno dell'emendamento Benedikter. Anche noi riteniamo che così come è congegnato il sistema elettorale serva rafforzare la necessità di prevedere la presenza proporzionale per quanto riguarda la minoranza politica. Sosteniamo quindi, sotto questo aspetto, l'opportunità di abrogare il limite imposto con la formula della soglia in relazione alla ripartizione dei resti sulla base delle liste che hanno conseguito almeno il quoziente naturale e di conseguenza siamo determinati e convinti della bontà della proposta emendativa alla luce delle considerazioni che sono state svolte dai colleghi e in questo contesto a me non resta che ribadire questa impostazione, evitando di ripetere i ragionamenti che sono stati espressi in forma molto comprensibile e a nostro giudizio anche perfettamente in linea con la necessità politica da un lato di considerare la governabilità come un dato acquisito in relazione al sistema elettorale e dall'altro con l'accettazione dell'emendamento Benedikter si giungerebbe alla realizzazione dell'obiettivo di dare anche cittadinanza alla minoranza politica. Sotto questo profilo quindi anche da parte nostra la convinta adesione all'emendamento Benedikter.

PRÄSIDENT: Danke schön.

Der Abg. Willeit hat das Wort.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Taverna.

Il prossimo relatore iscritto a parlare è il cons. Willeit. Prego, ne ha facoltà.

WILLEIT: Grazie, signor Presidente. Egregi colleghi, prendo la parola anch'io solo per associarmi all'emendamento dei cons. Klotz e Benedikter, condividendo in pieno le motivazioni già espresse poc'anzi dalla cons. Klotz, la limitazione o lo sbarramento, che andrebbe ovviamente a favore delle grandi formazioni politiche, non giova affatto alla democrazia, non è necessario, considerata la nostra situazione, limita chiaramente la partecipazione dei gruppi linguistici, come è stato detto, alla gestione del potere locale e sposta la proporzione, questo è chiaro. Purtroppo non posso dichiararmi d'accordo con l'emendamento Kury, che vuole concedere qualcosa ai grandi comuni, perché ritengo che la necessità di partecipazione dei gruppi al governo locale sia più marcata nei centri

cittadini, perché proprio in essi si incontrano le componenti etniche in modo veramente consistente e debbono convivere giorno per giorno, per cui non riterrei opportuno accettare questo sbarramento nei grandi comuni.

PRÄSIDENT: Danke schön.

Der Abg. Benedikter hat jetzt das Wort.

PRESIDENTE: Grazie, cons. Willeit.

Il prossimo relatore iscritto a parlare è il cons. Benedikter. Prego, ne ha facoltà.

BENEDIKTER: Wieviel Minuten bitte?

(Quanti minuti ho a disposizione?)

PRÄSIDENT: 10 Minuten.

PRESIDENTE: 10 minuti.

BENEDIKTER: Ich möchte zum Teil wiederholen: Der Assessor Giovanazzi hat im Namen des Regionalausschusses hier angekündigt, daß sowohl die Vizebürgermeisterwahl als auch die Bedingung des Vollquotienten für einen Gemeinderatssitz wegen des Verstoßes gegen den im Autonomiestatut enthaltenen Proporzgrundsatz fallengelassen werden. Dabei hat er sogar ein Gutachten des Vertrauensprofessors der Universität Trient, des Verfassungsrechtlers Falcon, vorgelesen, in dem klipp und klar gesagt wird, daß der Vollquotient für die Ratssitze verfassungswidrig sei. Wobei die selben rechtlichen Argumente ins Treffen geführt werden, die ich bereits im Minderheitenbericht vor Beginn der Regionalratsdebatte ausgeführt habe.

Nun hat der selbe Regionalausschuß neuerdings beantragt, daß das seit Kriegsende geltende Proporzsystem fallengelassen wird, indem die Worte: "die höchsten Reststimmen" so ausgelegt werden, daß es trotzdem einen Vollquotienten braucht. Eine Liste muß den Vollquotienten erreicht haben.

Der Regionalausschuß hat die kombinierte Direktwahl des Bürgermeisters und des Vizebürgermeisters nur deshalb zurückgezogen, weil er überzeugt war, daß der Gesetzentwurf deswegen rückverwiesen würde. Nun will derselbe Regionalausschuß auf der Abschaffung einer im Autonomiestatut für die Regional- und Gemeindewahlen klar verankerten Proporzbestimmung bestehen, sodaß die Regierung den Gesetzesentwurf rückverweisen muß - meiner Ansicht nach - und der Region vorwerfen kann, trotz besseren Wissens mit einfachem Regionalgesetz einen Grundsatz des Verfassungsgesetzes abgeändert zu haben. Wenn das die Region tun kann, umso mehr muß es auch der Staat tun können. Nämlich wenn man das so überlegt, dann müßte man sagen: die Vizebürgermeisterwahl gemäß Sprachgruppenverhältnis,

wie sie vorgeschlagen worden war und dann fallengelassen worden ist, wäre theoretisch mehr im Sinne des Proporz, wenn das Amt des Präsidenten, des Bürgermeister, des Präsidenten des Landesausschusses usw. geteilt werden könnte. Dann wäre das die Einhaltung des Proporz. Die Nichtbeachtung des Proporz wäre hingegen das Abschaffen der höchsten Reststimmen als Grundlage für einen Ratssitz. Das ist klipp und klar gegen den Proporzgrundsatz - Art. 25, Art. 61 des Autonomiestatutes, sodaß die Regierung meiner Ansicht nach gezwungen ist, die Rückverweisung vorzunehmen.

Im übrigen: Wenn das auf Vorschlag, auf Drängen, so viel ich verstanden habe, der Südtiroler Volkspartei in Kraft treten würde, dann hätte Forza Italia, der Füstos, recht. Man bestärkt die Argumente eines Füstos für einen italienischen Kanton, denn wenn die Italiener dort wo sie in der Minderheit sind, sich nicht vertreten lassen können, sollen sie einen Sitz mit den höchsten Reststimmen auch ohne Vollquotient erhalten. Umso mehr gewinnt das Argument an Kraft, das sagt, daß wenigstens die Italiener dort wo sie in der Mehrheit sind, einen Kanton bilden können müssen. Der Proporzgrundsatz, der seit eh und je gilt, seit Kriegsende gilt, muß so wie bisher weiter eingehalten werden und wenn irgendwo jemand beispielsweise 50 Stimmen erhält und damit die höchsten Reststimmen erreicht - sagen wir auch mit einer wirklich verhältnismäßig geringen Stimmenanzahl - dann muß er hineinkommen. Deswegen ist keine Gemeinde unregierbar geworden, es hat sich vielmehr gut bewährt. Wir müssen den Grundsatz weiter einhalten, für die kleinen Gemeinden und auch für die großen Gemeinden selbstverständlich. Der Grundsatz muß überall der Gleiche sein. Man kann vielleicht sagen, daß Gemeinderäte, die so wenig Stimmen haben, sind leichter manövrierbar, sie fallen leichter um, aber der Proporzgrundsatz, der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit muß gelten, und zwar gleich gut für die Gemeinde unterhalb der 13.000 Einwohner ebenso wie oberhalb der 13.000 Einwohner.

Kleinere Gruppen dürfen nicht gezwungen werden, sich mit einer Liste zu verbinden, die auf jeden Fall einen Vollquotienten erreicht. Damit zerstöre ich den Proporzgrundsatz, wenn ich sie zwingen, sich doch mit jemanden zu verbinden, der auf jeden Fall den Vollquotient erreicht.

Selbstverständlich gilt das gleich gut für die ethnische Minderheit als auch für die politische Minderheit und deswegen mache ich darauf aufmerksam und ich appelliere neuerdings an die Vernunft, daß wir beim bestehenden, seit Kriegsende geltenden System bleiben, und zwar im Sinne der Achtung des Proporzgrundsatzes bei der Gemeinde, selbstverständlich auch bei der Region. Denn es hat die Kollegin recht, wenn sie sagt, wenn das hier durchginge, wenn es die Regierung durchgehen lassen würde, dann würde prompt auch die Abschaffung des Proporzgrundsatzes für die höchsten Reststimmen beim Regionalwahlgesetz erfolgen. Das ist todsicher. Aber ich appelliere an eure Vernunft, daß wir es beim bisherigen System belassen, das als gerecht empfunden worden ist, sowohl was die jeweilige ethnische Minderheit betrifft als auch die jeweilige politische Minderheit. Ansonsten muß meiner Ansicht nach die Regierung das Gesetz auch nur deswegen rückverweisen. Ich weiß nicht, warum man zuerst ankündigt, daß das fallengelassen wird, weil es gegen den Proporzgrundsatz ist. Es ist sogar mit einem Gutachten eines Verfassungsrechtler untermauert worden und dann auf

einmal kommt man wieder darauf zurück. Ich verstehe das nicht. Umso mehr ist meiner Ansicht nach die Zentralregierung gezwungen, das Gesetz deswegen rückzuverweisen und ich hoffe, daß sie es tut.

(In parte ripeterò quanto già detto: l'assessore Giovanazzi ha annunciato a nome della Giunta regionale che sia l'elezione diretta del Vicesindaco che la clausola del quoziente naturale per ottenere un seggio comunale erano stati soppressi, poiché in contrasto con lo Statuto di autonomia ed il principio della proporzionale in esso sancito. Egli ha addirittura richiesto un parere giuridico dal suo professore di fiducia, il costituzionalista dott. Falcon dell'università di Trento, in cui si esplicita la convinzione che il quoziente naturale per i seggi comunali è anticostituzionale. E sono state addotte le stesse argomentazioni che avevo esposto nella mia relazione di minoranza all'inizio del dibattito sulla sorte della Regione.

Ora la stessa Giunta regionale ha chiesto che il sistema proporzionale che vige dalla fine della seconda guerra mondiale venga soppresso, inserendo le parole "l'elezione dei consigli comunali a scrutinio di lista ottenuta con metodo del quoziente naturale dei più alti resti fra le sole liste che abbiano ottenuto un numero di voti validi pari almeno al quoziente naturale".

La Giunta regionale ha ritirato la proposta di elezione congiunta di sindaco e vicesindaco solamente perché era convinta del fatto che il disegno di legge sarebbe stato rinviato. Ora però la stessa Giunta vuole che si abolisca una norma ancorata nello Statuto di autonomia ovvero quella del sistema proporzionale per le elezioni comunali e regionali, cosicché il Governo si vedrà costretto a rinviare la legge e potrà muovere alla Regione il rimprovero di aver voluto modificare con una legge regionale una legge di rango costituzionale. E se la Regione si sente autorizzata a farlo, allora anche lo Stato deve poterlo fare. Se si riflette, allora si dovrà dire: l'elezione del Vicesindaco secondo la rappresentanza linguistica com'era stata proposta e poi accantonata, sarebbe più vicina alla proporzionale, quindi la divisione della carica di Presidente, Sindaco, Presidente della Giunta regionale sarebbe più opportuna; in tal caso si avrebbe l'osservanza della proporzionale. La non osservanza si avrebbe invece abolendo i più alti resti. Ciò contrasterebbe infatti con gli artt. 25 e 61 dello Statuto di autonomia, ed il Governo sarebbe costretto a rinviare la legge.

Del resto, se su proposta, su pressione della Südtiroler Volkspartei entrasse in vigore, allora Forza Italia di Füstos, avrebbe ragione. Le argomentazioni di Füstos si limitano ad un cantone italiano, poiché se gli italiani laddove sono una minoranza non possono essere rappresentati, con i più alti resti potrebbero ottenere dei seggi anche senza avere raggiunto il quoziente naturale. Tanto più è convincente l'argomentazione che almeno gli italiani, dove sono più numerosi, devono poter formare un cantone. Il principio della proporzionale che vige da sempre, sarebbe osservato e se in un comune un candidato ottenesse ad es. 50 voti e raggiungesse i più alti resti, avrebbe la possibilità di ottenere un seggio. Nessun comune è per questo mai stato ingovernabile, al contrario, per cui dobbiamo osservare tale principio sia nei piccoli comuni che nei grandi comuni, poiché deve valere ovunque. Forse si potrà dire

che i consiglieri comunali che hanno ottenuto pochi voti sono maggiormente manovrabili, ma il principio della proporzionale deve essere fatto salvo sia nei comuni con popolazione superiore a 13.000 abitanti che nei comuni con popolazione inferiore a 13.000 abitanti.

I piccoli gruppi non possono essere obbligati a collegarsi con una lista che ha raggiunto il quoziente naturale, perché se lo si prevedesse, avremmo annullato il principio della proporzionale.

Ovviamente questo vale anche per le minoranze etniche e per questo vorrei far notare tali differenze e appellarmi alla ragione, mantenendo inalterato quanto valso dalla seconda guerra mondiale sino ad oggi, ovvero il principio della proporzionale sia nei comuni che in Regione. La collega ha ragione quando afferma che se si riesce a far passare questa norma, allora avremmo successivamente l'abolizione in Regione del principio della proporzionale per i più alti resti. Mi appello alla ragione, invitando a mantenere inalterato quanto valso dalla seconda guerra mondiale sino ad oggi e che si è dimostrato valido e che concerne sia le minoranze etniche che politiche. Altrimenti il Governo si vedrà costretto a rinviare la legge. Non capisco perché dapprima sia stato affermato che tali norme sarebbero state soppresse in quanto contrarie al principio della proporzionale ed addirittura un costituzionalista sostiene questa tesi, e poi invece si continua a parlarne. Non lo capisco. Tanto più a mio avviso il Governo si vedrà costretto a rinviare la legge, e spero che lo faccia.)

PRÄSIDENT: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Namentliche Abstimmung. Wer schließt sich dem Antrag an? Es sind genügend. Also kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Abänderungsantrag der Abg. Klotz zum Absatz 3 des Artikels 17.

Fangen wir bei einer Dame an, und zwar mit der Frau Kury.

Ich bitte um den Namensaufruf.

PRESIDENTE: Nessun altro intende prendere la parola. E`stata richiesta la votazione per appello nominale.

Chi desidera si proceda con la votazione per appello nominale? Un numero sufficiente di consiglieri, per cui tale richiesta è accolta. Prego di procedere all'appello nominale iniziando dal nominativo della cons. Kury. E' in votazione l'emendamento della cons. Klotz al comma 3 dell'art. 17.

Prego di procedere all'appello nominale.

DENICOLO': Kury (*ja*), Laimer (*nein*), Leitner (*ja*), Levegghi (*non presente*), Magnabosco (*non presente*), Mayr C. (*nein*), Mayr J. (*nein*), Messner (*nein*), Minniti (*sì*), Montefiori (*sì*), Morandini (*no*), Moser (*non presente*), Munter (*non presente*), Muraro (*sì*), Pahl (*nein*), Palermo (*sì*), Pallaoro (*no*), Panizza (*no*), Passerini (*sì*), Peterlini (*nein*), Pinter (*sì*), Romano (*non presente*), Saurer (*non presente*), Taverna (*sì*), Tosadori (*sì*), Tretter (*non presente*), Valduga (*no*), Vecli (*sì*), Viola (*non presente*), Waldner (*non presente*), Willeit (*non presente*), Zanoni (*sì*), Zendron (*sì*), Achmüller (*nein*),

Alessandrini (*non presente*), Andreotti (*nein*), Arena (*sì*), Atz (*nein*), Benedetti (*sì*), Benedikter (*ja*), Benussi (*non presente*), Berger (*non presente*), Binelli (*non presente*), Boldrini (*sì*), Bolzonello (*sì*), Bondi (*astenuto*), Casagrande (*no*), Chiodi-Winkler (*si*), Cigolla (*sì*), Conci-Vicini (*no*), Delladio (*sì*), Denicolò (*nein*), De Stefani (*sì*), Di Puppò (*sì*), Divina (*sì*), Durnwalder (*non presente*), Fedel (*no*), Feichter (*nein*), Frasnelli (*nein*), Frick (*non presente*), Gasperotti (*sì*), Giordani (*no*), Giovanazzi (*no*), Grandi (*no*), Holzer (*no*), Holzmann (*astenuto*), Hosp (*non presente*), Kasslatte Mur (*non presente*), Klotz (*ja*), Kofler (*non presente*).

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende: 56
Ja-Stimmen: 29
Nein-Stimmen: 26
Stimmenthaltungen: 1

Damit ist der Abänderungsantrag genehmigt.

PRESIDENTE: Rendo noto l'esito della votazione:

votanti: 56
voti favorevoli: 29
voti contrari: 26
astenuti: 1

L'emendamento è accolto.

PRÄSIDENT: Der Abänderungsantrag Kury ist damit zurückgezogen, weil er in Abhängigkeit zu dem von der Abg. Klotz eingebracht worden ist.

Ich bitte um ein bißchen Ruhe.

Da ist ein Zusatzantrag Di Puppò, Atz, Grandi, Giovanazzi den ich jetzt verlese zum Artikel 17 immer Absatz 3: Im Absatz 3 werden nach den Worten "welche mindestens dem natürlichen Quotienten entspricht" die nachstehenden Worte eingefügt: ", oder einer Listenverbindung angeschlossen sind, in der wenigstens eine der verbundenen Listen eine Anzahl von gültigen Stimmen erhalten hat, die mindestens dem natürlichen Quotienten entspricht".

Der Abänderungsantrag des Ausschusses wird zurückgezogen.

PRESIDENTE: L'emendamento a firma della cons. Kury risulta ritirato in quanto in subordine a quello presentato dalla cons. Klotz.

I signori consiglieri sono pregati di fare silenzio.

Passiamo ora all'esame di un emendamento aggiuntivo in merito all'art. 17 comma 3 a firma dei cons. Di Puppò, Atz, Grandi e Giovanazzi di cui darò lettura:

Nel comma 3 dopo le parole "pari almeno al quoziente naturale" sono aggiunte le parole "o che facciano parte di un collegamento nel quale almeno una delle liste collegate abbia ottenuto un numero di voti validi pari almeno al quoziente naturale".

L'emendamento della Giunta viene ritirato.

PRÄSIDENT: Jetzt kommt noch einer von der SVP: Der Absatz 4 des Artikels 17 gestrichen, gezeichnet Berger, Feichter, Mayr, Atz. Ich kann nicht helfen, wenn niemand hier ist. An mich hat man keinen Antrag um Unterbrechung gestellt. Das ist der verteilte Abänderungsantrag von der SVP. Die SVP hätte das Wort zur Erläuterung, aber ich sehe niemanden.

Moment. Ich muß nur einen Moment um Aufklärung bitten. Wir gehen gleich weiter. Nachdem ich die Einbringer nicht fragen kann, möchte ich Klarheit darüber haben, ob der Abänderungsantrag vorliegt oder ob er zurückgezogen ist.

Ich sehe keinen formellen Rücktritts Antrag, somit bringe ich ihn zur Abstimmung.

Es geht um den Absatz 4 des Artikels 17, in dem steht: 4. Gli elettori di un comune concorrono tutti ugualmente alla elezione di ogni consigliere e del sindaco. Ogni ripartizione per frazione è esclusa.

Und dazu liegt der Abänderungsantrag der SVP Berger u.a. diesen Absatz zu streichen.

Und jetzt eröffne ich darüber die Debatte.

Abg. Leitner, bitte.

PRESIDENTE: Darò ora lettura di un emendamento presentato dalla SVP a firma dei cons. Berger, Feichter, Mayr, Atz che recita: "Il comma 4 dell'art. 17 è soppresso". Non è lecito muovere un rimprovero al Presidente se nessun esponente della SVP è presente in aula, anche perché non è stata avanzata alcuna richiesta di sospensione della seduta. Siamo pertanto in discussione dell'emendamento della SVP che è già stato distribuito. La parola spetterebbe alla SVP per l'illustrazione dell'emendamento, ma purtroppo debbo constatare che nessun esponente del partito presenza ai lavori.

Un attimo di pazienza per favore. Debbo dapprima chiarire questo aspetto. Dal momento che non è possibile interpellare i proponenti dell'emendamento vorrei chiarire se l'emendamento è da ritenersi valido o se piuttosto è stato ritirato.

L'emendamento non è formalmente stato ritirato e pertanto lo pongo in votazione.

L'emendamento si riferisce al comma 4 dell'art. 17 che recita: "Gli elettori di un comune concorrono tutti ugualmente alla elezione di ogni consigliere e del sindaco. Ogni ripartizione per frazione è esclusa." Il cons. Berger ed altri propongono la soppressione di questo comma.

Dichiaro aperto il dibattito su questo emendamento.

Si è iscritto a parlare il cons. Leitner. Prego consigliere, ne ha facoltà.

LEITNER: Nur eine Frage: Meint man hier unter Fraktion politische Fraktion oder meint unter Fraktion Dorf, Weiler?

(Desidero solamente porre la seguente domanda: Il termine frazione è da intendersi come frazione politica o assume la connotazione di villaggio o piccolo villaggio?)

PRÄSIDENT: Das ist geklärt worden. Und zwar meint man nicht die geographischen Fraktionen.

PRESIDENTE: Anche questo aspetto è stato chiarito: il termine non si riferisce alle frazioni geografiche.

LEITNER: Dann bin ich dagegen, daß er gestrichen wird.

(Allora voterò contro la soppressione del comma.)

PRÄSIDENT: Möchte der Ausschuß Stellung nehmen zu dieser Frage?

PRESIDENTE: La Giunta intende intervenire in merito a questo aspetto?

GIOVANAZZI: L'emendamento presentato dopo l'approvazione della precedente proposta di modifica presentata dal cons. Benedikter diventa incoerente, perciò su questo dichiariamo di essere contrari, perché non ha più senso di esistere.

PRÄSIDENT: Es ist niemand hier von der Volkspartei, der das sagen kann. Ich bin Präsident und...

Der Ausschuß ist gegen die Annahme dieses Abänderungsantrages. Ich bringe ihn zur Abstimmung. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Niemand. Wer ist dagegen? Die breite Mehrheit. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 5 Enthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen ist der Abänderungsantrag abgelehnt.

PRESIDENTE: Purtroppo non c'è esponente della stella alpina che ci possa fornire delucidazioni a riguardo. Io svolgo la funzione di Presidente e pertanto...

La Giunta si è espressa contro l'approvazione del presente emendamento che pongo in votazione. Chi ne è a favore è pregato di alzare la mano. Nessuno. Chi è contrario? La grande maggioranza. Chi si astiene?

Con 5 voti d'astensione ed il resto dei voti contrari l'emendamento non è accolto.

PRÄSIDENT: Jetzt kommt der Artikel 17 insgesamt so wie abgeändert natürlich zur Abstimmung. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wer dafür ist möge bitte die

Hand erheben. Die Mehrheit ist dafür. Wer stimmt dagegen? Einer dagegen. Wer enthält sich der Stimme?

Mit 6 Enthaltungen, einer Gegenstimme und dem Rest Ja-Stimmen ist der Artikel 17 genehmigt.

PRESIDENTE: Passiamo ora alla votazione dell'art. 17 così come è stato modificato. Non mi pare che vi siano delle richieste d'intervento in merito. Chi è a favore dell'articolo è pregato di alzare la mano. La maggioranza si è espressa a favore dell'articolo. Chi è contrario? Un voto contrario. Chi si astiene?

Con 6 voti d'astensione, 1 voto contrario ed il resto dei voti a favore risulta approvato l'art. 17.

PRÄSIDENT: Und jetzt kommen wir zum

Art. 18

(Formazione delle candidature nei comuni della regione)

1. Nei comuni della regione, le dichiarazioni di presentazione delle candidature alla carica di sindaco e di vicesindaco, limitatamente ai comuni con popolazione superiore a 13.000 abitanti della provincia di Bolzano, e delle liste dei candidati alla carica di consigliere comunale devono essere sottoscritte da almeno:

- a) 250 elettori nei comuni con più di 30.000 abitanti;
- b) 120 elettori nei comuni con più di 10.000 abitanti;
- c) 80 elettori nei comuni con più di 5.000 abitanti;
- d) 50 elettori nei comuni con più di 2.000 abitanti;
- e) 35 elettori nei comuni con più di 1.000 abitanti;
- f) 15 elettori nei comuni fino a 1.000 abitanti.

Nei comuni con popolazione superiore a 3.000 abitanti della provincia di Trento e nei comuni della provincia di Bolzano, non è necessaria la sottoscrizione dei presentatori per le candidature alla carica di sindaco, o di sindaco e vicesindaco, quando le stesse siano presentate insieme alla lista dei candidati per il consiglio comunale e con lo stesso contrassegno.

2. Nei comuni della provincia di Bolzano, eccettuati i comuni delle località ladine, il numero delle sottoscrizioni per la presentazione di liste formate in maggioranza da candidati appartenenti al gruppo linguistico ladino è ridotto della metà.

3. Il numero dei presentatori non può eccedere di oltre la metà le cifre indicate nel comma 2.

4. La popolazione del comune è determinata in base ai risultati dell'ultimo censimento generale della popolazione.

5. I presentatori devono essere elettori iscritti nelle liste elettorali del comune con diritto al voto per l'elezione del consiglio comunale e la loro firma è autenticata anche cumulativamente in un solo atto, secondo quanto stabilito dall'articolo 14 della legge 21 marzo 1990, n. 53. Sono competenti ad eseguire le autenticazioni delle

firme di sottoscrizione delle liste, oltre ai soggetti di cui all'articolo 14 della legge 21 marzo 1990, n. 53, i giudici di pace ed i segretari giudiziari.

6. Ciascun elettore non può sottoscrivere più di una dichiarazione di presentazione di candidatura alla carica di sindaco o di sindaco e vicesindaco né più di una dichiarazione di presentazione di lista di candidati per l'elezione dei consiglieri comunali.

7. Le sottoscrizioni sono raccolte dopo il deposito presso l'ufficio del segretario comunale competente e dopo l'affissione all'albo pretorio del comune delle liste, delle candidature alla carica di sindaco o di sindaco e vicesindaco e del programma amministrativo. All'atto del deposito, ciascun candidato alla carica di sindaco ed eventualmente di vicesindaco e ciascun candidato alla carica di consigliere deve aver accettato la candidatura e deve aver dichiarato, contestualmente all'accettazione, di non essere candidato in altro comune. Il deposito deve avvenire tra il ventesimo ed il quinto giorno antecedente il termine per la presentazione delle liste. L'affissione all'albo deve avvenire dal giorno successivo al deposito sino a quello di presentazione delle liste. In caso di rinuncia alla candidatura da parte di uno o più candidati alla carica di consigliere dopo l'affissione della lista all'albo pretorio del comune, le firme raccolte rimangono valide, purché le rinunce non superino il 25 per cento dei candidati compresi nella lista.

PRESIDENTE: Passiamo ora alla trattazione dell'art. 18.

DENICOLO':

Art. 18

(Erstellung der Kandidaturen in den Gemeinden der Region)

1. In den Gemeinden der Region müssen die Vorlagen der Kandidaturen für das Amt eines Bürgermeisters und eines Vizebürgermeisters - beschränkt auf die Gemeinden der Provinz Bozen mit einer Bevölkerung von über 13.000 Einwohnern - sowie die Listenvorlagen der Kandidaten für das Amt eines Gemeinderatsmitgliedes von mindestens:

- a) 250 Wählern in den Gemeinden mit über 30.000 Einwohnern;
- b) 120 Wählern in den Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern;
- c) 80 Wählern in den Gemeinden mit über 5.000 Einwohnern;
- d) 50 Wählern in den Gemeinden mit über 2.000 Einwohnern;
- e) 35 Wählern in den Gemeinden mit über 1.000 Einwohnern;
- f) 15 Wählern in den Gemeinden bis zu 1.000 Einwohnern

unterzeichnet werden. In den Gemeinden der Provinz Trient mit einer Bevölkerung von über 3.000 Einwohnern und in den Gemeinden der Provinz Bozen ist keine Unterschriftenleistung von seiten der Vorleger für die Kandidatur für das Amt eines Bürgermeisters bzw. eines Bürgermeisters und eines Vizebürgermeisters notwendig, wenn die Kandidaturen zusammen mit der Liste der Kandidaten für den Gemeinderat und mit demselben Listenzeichen vorgelegt werden.

2. In den Gemeinden der Provinz Bozen, mit Ausnahme der Gemeinden in den ladinischen Ortschaften, wird die Anzahl der Unterschriften für die Vorlegung der Listen, denen zum Großteil Kandidaten der ladinischen Sprachgruppe angehören, um die Hälfte reduziert.
3. Die Anzahl der Vorleger darf die in Absatz 2 angeführten Zahlen um nicht mehr als die Hälfte überschreiten.
4. Die Bevölkerung der Gemeinde wird auf der Grundlage der Ergebnisse der letzten allgemeinen Volkszählung bestimmt.
5. Die Vorleger müssen Wähler sein, die in den Wählerlisten der Gemeinde eingetragen sind und Stimmrecht für die Wahl des Gemeinderates besitzen; ihre Unterschrift wird auch zusammen in einem einzigen Akt gemäß den Bestimmungen des Artikels 14 des Gesetzes vom 21. März 1990, Nr. 53 beglaubigt. Für die Beglaubigung der Unterschriften der Listenunterzeichnung sind neben den Personen nach Artikel 14 des Gesetzes vom 21. März 1990, Nr. 53 die Friedensrichter und die Sekretäre der Gerichtsämter zuständig.
6. Jeder Wähler darf weder mehr als eine Kandidaturvorlage für das Amt eines Bürgermeisters bzw. eines Bürgermeisters und eines Vizebürgermeisters noch mehr als eine Kandidatenlistenvorlage für die Wahl zum Gemeinderatsmitglied unterzeichnen.
7. Die Unterschriftenleistungen werden nach der Hinterlegung beim Amt des zuständigen Gemeindesekretärs und nach dem Anschlag der Listen, der Kandidaturen für das Amt eines Bürgermeisters bzw. eines Bürgermeisters und eines Vizebürgermeisters und des Verwaltungsprogrammes an der Amtstafel der Gemeinde gesammelt. Bei der Hinterlegung muß jeder Kandidat für das Amt eines Bürgermeisters und eventuell eines Vizebürgermeisters sowie jeder Kandidat für das Amt eines Gemeinderatsmitgliedes die Kandidatur angenommen und gleichzeitig bei der Annahme erklärt haben, in keiner anderen Gemeinde als Kandidat aufgestellt worden zu sein. Die Hinterlegung muß zwischen dem zwanzigsten und dem fünften Tag vor der Frist für die Vorlegung der Listen erfolgen. Der Anschlag an der Amtstafel muß ab dem Tag nach jenem der Hinterlegung bis zu jenem der Listenvorlegung erfolgen. Im Falle eines Verzichtes auf die Kandidatur von seiten eines oder mehrerer Kandidaten für das Amt eines Ratsmitgliedes nach dem Anschlag der Liste an der Gemeindeamtstafel bleiben die gesammelten Unterschriften gültig, sofern die Verzichte nicht 25 Prozent der in der Liste eingetragenen Kandidaten überschreitet.

PRÄSIDENT: Das Wort hat der Abg. Giordani verlangt zum Fortgang der Arbeiten.
Bitte sehr, Abg. Giordani.

PRESIDENTE: Il cons. Giordani ha chiesto la parola sull'ordine dei lavori.
Prego consigliere, ne ha facoltà.

GIORDANI: Le chiedo la cortesia di sospendere i lavori per una decina di minuti in relazione ad una esigenza di chiarimento che riguarda la maggioranza.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich dazu zu Wort?

Ich glaube, es sind zwei dafür und zwei dagegen zulässig, wobei ich sage, daß normalerweise dem Antrag stattgegeben wird.

Abg. Bondi hat das Wort.

PRESIDENTE: Chi desidera intervenire in merito?

Due oratori possono intervenire a favore e due contro la proposta, tuttavia desidero far presente che di regola le proposte vengono accolte.

La parola al cons. Bondi.

BONDI: Nessun problema sulla proposta, ma poiché i 10 minuti sono ridicoli, sospendiamo la seduta e riprendiamo alle ore 15.00; non credo che in 10 minuti si possa chiarirsi, quindi cerchiamo almeno di essere chiari.

PRÄSIDENT: Mir scheint das vernünftig zu sein, sonst werden die zehn Minuten zwanzig und mehr.

Wir heben die Sitzung auf und sehen uns wieder um 15.00 Uhr.

PRESIDENTE: Mi pare una proposta ragionevole, poiché altrimenti i 10 minuti richiesti diventano 20 minuti o addirittura di più.

Pertanto sospendiamo la seduta, rinviando i lavori alle ore 15.00.

(ore 11.25)

(ore 15.05)

Vorsitzender: Vizpräsident Peterlini
Presidenza del Vicepresidente Peterlini

PRÄSIDENT: Wir fahren mit den Arbeiten fort und beginnen mit dem Namensaufruf.

PRESIDENTE: Riprendiamo i lavori ed iniziamo con l'appello nominale.

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Wir setzen nun die Arbeiten fort. Wir sind beim Artikel 17. Wir haben alle Abänderungsanträge zum Absatz 3 genehmigt und kommen jetzt zum Artikel... Wir haben den Artikel 17 endgültig abgestimmt - Entschuldigung es war Lapsus von mir. Wir kommen jetzt zum Artikel 18.

Das Wort hat verlangt der Präsident des Ausschusses Grandi. Ich gebe Ihnen das Wort. Bitte zum Fortlauf der Arbeiten.

PRESIDENTE: Riprendiamo i lavori. Eravamo rimasti alla trattazione dell'art. 17. Ci siamo già espressi in ordine a tutti gli emendamenti presentati e pertanto passiamo all'articolo... Scusate, questo lapsus, abbiamo già votato l'art. 17 nel suo complesso, pertanto passiamo all'esame dell'art. 18.

Ha chiesto di intervenire il Presidente della Giunta Grandi. Prego signor Presidente, a Lei la parola sull'ordine dei lavori.

GRANDI: Signor Presidente e signori consiglieri, dopo l'approvazione con gli emendamenti all'art. 17 e durante il pranzo le forze politiche hanno avuto modo di fare degli approfondimenti per quanto riguarda il contenuto di altri significativi articoli che sostanziano questo disegno di legge e i partiti che compongono la maggioranza si sono rivolti a me per chiedere la disponibilità per una interruzione di circa mezz'ora per poter portare reciprocamente a conoscenza al loro interno degli orientamenti che sarebbero emersi; siccome riguardano anche alcuni emendamenti che si avrebbe in animo di presentare, chiederei cortesemente comprensione e di accogliere la richiesta che viene fatta dalla Presidenza di interrompere i lavori per mezz'ora. Ringrazio anticipatamente se ci verrà riservata la cortesia di accoglimento.

PRÄSIDENT: Normalerweise geben wir Ansuchen um Unterbrechung jederzeit statt, aber wenn Diskussion ist, dann können sich zwei dafür und zwei dagegen äußern.

Frau Abg. Klotz in welcher Form?

PRESIDENTE: Di regola accogliamo le richieste di sospensione dei lavori. Tuttavia, dal momento che in proposito vengono sollevate delle obiezioni concedo la parola a due oratori contro e due a favore della proposta.

KLOTZ: Möchte folgendes fragen, ob eine halbe Stunde wirklich realistisch ist. Wenn der Regionalratspräsident hier davon spricht, daß es noch Diskussionen zu mehreren Änderungsvorschlägen gibt, dann kann man abschätzen, daß eine halbe Stunde zu wenig sein wird. Deswegen bitte ich wirklich, hier seriöse Vorschläge zu bringen. Nicht, daß wir dann hier eine Stunde eben herumwarten. Das heißt, wenn es abzuschätzen ist, daß wir heute mit der Sitzung sowieso nicht mehr fortfahren, dann fahre ich lieber gleich nach Bozen und arbeite dort.

(Desidero solamente sapere se sia realistico prevedere una sospensione di mezz'ora, dal momento che il Presidente della Giunta ha annunciato che gli emendamenti oggetto di dibattito sono più di uno. E' pertanto prevedibile che il tempo di mezz'ora non sarà sufficiente per esaurire tale discussione. Pertanto invito tutti i presenti ad avanzare delle proposte concrete, onde evitare che si debba sprecare un'ora di tempo ad aspettare. Pertanto, se è prevedibile che i lavori non verranno ripresi nell'arco della giornata, preferirei esserne informata, anche perché in tal caso potrei ritornare a Bolzano ed dedicarmi ad altri impegni.)

PRÄSIDENT: Danke, Frau Abg. Klotz. Die Frage an den Ausschuß ist, ob es realistisch ist, daß man eine halbe Stunde unterbricht oder ob man vorhersehen kann, daß man mehr Zeit braucht. Ich würde sagen eine halbe Stunde. Eventuell können wir um 16.00 Uhr wieder fortfahren. Ich sehe keinen Widerspruch. Dann sehen wir uns um 16.00 Uhr wieder. Die Sitzung ist unterbrochen und wir hoffen, daß wir auf einen guten Abschluß dieser Verhandlungen kommen. Danke schön. Wir sehen uns um 16.00 Uhr wieder.

PRESIDENTE: La ringrazio signora Klotz. Mi rivolgo pertanto alla Giunta per sapere se, a suo avviso, le consultazioni possono terminare entro mezz'ora ovvero se si potranno più a lungo. Propongo una sospensione di mezz'ora, i lavori saranno ripresi alle ore 16.00. Non mi pare che vi siano delle obiezioni in merito a tale proposta, pertanto aggiorniamo i lavori alle ore 16.00. La seduta è sospesa e mi auguro che le trattative possano avere successo. Vi ringrazio. I lavori riprenderanno alle ore 16.00.

(ore 15.12)

(ore 16.07)

Vorsitzender: Vizpräsident Peterlini
Presidenza del Vicepresidente Peterlini

PRÄSIDENT: Wir setzen mit ein bißchen Verspätung die Arbeiten fort. Wir sind beim Artikel 18 und kommen jetzt zu den Abänderungen, die zum Artikel 18 vorgelegt worden sind. Eine Änderung und dann eine Änderung zur Änderung. Die Änderung stammt vom Abg. Bondi und auch die Änderung zur Änderung. Dann kommt zuerst die Änderung zur Änderung: La cifra "5.000" all'articolo 18 è sostituita con la cifra "10.000". Abg. Bondi diese Abänderungsanträge müssen als verfallen erklärt werden, weil sie bereits abgestimmt worden sind.

Abg. Bondi sehe ich nicht, aber bitte Frau Abg. Zendron. Wozu denn?

PRESIDENTE: Riprendiamo i lavori con qualche minuto di ritardo. Eravamo rimasti alla trattazione dell'art. 18 e pertanto proseguiamo con la lettura degli emendamenti che sono stati presentati in merito, innanzitutto i due emendamenti a firma del cons. Bondi, di cui l'ultimo recita: La cifra "5.000" all'articolo 18 è sostituita con la cifra "10.000". Cons. Bondi gli emendamenti da Lei presentati devono essere dichiarati superati in quanto sono già stati posti in votazione.

Il cons. Bondi non è presente in aula. Si è però iscritta a parlare la cons. Zendron. In merito a che cosa intende intervenire, cons. Zendron?

ZENDRON: Signor Presidente, visto che abbiamo interrotto praticamente dalle ore 11.30 di stamattina, vorrei chiedere se i partiti della maggioranza ci possono dire se hanno trovato un accordo sui punti oppure no, perché si è persa mezza giornata, sarebbe almeno interessante e doveroso conoscere il risultato.

PRÄSIDENT: Frau Abg. Zendron, ich habe keine Wortmeldung gesehen und es steht mir natürlicherweise nicht zu, jemanden zur Wortmeldung zu zwingen. Wenn jemand zum Fortgang der Arbeiten und zur Erklärung dieses Sachverhaltes von den Regierungsparteien das Wort wünscht kann ich es erteilen, ansonsten muß ich als Präsident natürlicherweise an den Texten weiterarbeiten.

Deshalb frage ich explicito, ob die Regionalregierung oder ein Vertreter der Mehrheitsparteien den Regionalrat in Kenntnis setzen möchte oder nicht über ein erzieltes oder nicht erzieltes Ergebnis dieser Verhandlungen, weil man darauf hinweist, daß wir extra deswegen unterbrochen haben.

Wenn jemand das Wort möchte, sonst gehe ich mit meinen Arbeiten weiter.

Bitte, Assessor Giovanazzi.

PRESIDENTE: Cons. Zendron, nessuno si era iscritto a parlare ed il Presidente non ha titolo per imporre a qualcuno di farlo. Se qualcuno dei partiti di governo chiede la parola sull'ordine dei lavori, ovvero per chiarire questo aspetto, posso concedere la parola, diversamente come Presidente debbo procedere i lavori.

Pertanto mi rivolgo esplicitamente alla Giunta o ad un rappresentante dei partiti di maggioranza per sapere se qualcuno intende rendere pubblico l'esito delle trattazione, in quanto giustamente mi viene segnalato che la seduta è stata sospesa onde permettere tali consultazioni.

Qualcuno intende intervenire? Se nessuno chiede la parola procediamo con i lavori.

Ha chiesto di intervenire l'assessore Giovanazzi. Prego assessore, ne ha facoltà.

GIOVANAZZI: Devo solo comunicare all'aula che i lavori proseguono a seguito di una convergenza trovata sugli articoli che si dovrà andare ad approvare in questo disegno di legge. Verrà assicurata in aula la presenza della maggioranza ed i lavori proseguiranno, anche perché ci sta a cuore l'approvazione di questo disegno di legge, è una cosa che si aspettano i cittadini e non possiamo assolutamente sospendere la discussione, vorrebbe dire rinviare il tutto.

PRÄSIDENT: Horcht's Zwiegespräche sind keine zugelassen. Es ist eine Frage gestellt worden und es ist eine Antwort gegeben worden. Ob sie zufriedenstellend war oder nicht weiß ich nicht. Jedenfalls ist die Antwort gegeben worden. Wenn ich das richtig interpretiere, dann betrifft das die zukünftigen Artikel. Ich sehe keinen Grund zur Unterbrechung.

Ich sehe keine Wortmeldung zum Fortgang der Arbeiten.

Nel comma 1 le parole "e di vicesindaco, limitatamente ai comuni con popolazione superiore a 13.000 abitanti della provincia di Bolzano," e le parole "o di sindaco e vicesindaco." sono soppresse.

Il comma 2 è soppresso.

Nel comma 6 le parole "o di sindaco e vicesindaco" sono soppresse.

Nel comma 7 le parole "o di sindaco e vicesindaco" e le parole "ed eventualmente di vicesindaco" sono soppresse.

Abänderungsantrag Giovanazzi, Grandi, Messer vom Ausschuß.

Wer sich dazu zu Wort melden möchte, hat das Wort.

Abg. Willeit, bitte.

PRESIDENTE: Non sono ammessi dialoghi a due. E' stato posto un quesito, a cui è stato dato una risposta e non spetta a me giudicare se sia stata soddisfacente o meno. Se non vado errato il problema concerne gli articoli successivi e pertanto non vedo motivo che possa giustificare un ulteriore sospensione dei lavori.

Non vedo nessuno che intenda intervenire sull'ordine dei lavori.

Procediamo quindi con l'esame di un emendamento della Giunta a firma degli assessori Giovanazzi, Grandi e Messner che recita: Nel comma 1 le parole "e di vicesindaco, limitatamente ai comuni con popolazione superiore a 13.000 abitanti della provincia di Bolzano," e le parole "o di sindaco e vicesindaco." sono soppresse.

Il comma 2 è soppresso.

Nel comma 6 le parole "o di sindaco e vicesindaco" sono soppresse.

Nel comma 7 le parole "o di sindaco e vicesindaco" e le parole "ed eventualmente di vicesindaco" sono soppresse.

Qualcuno intende intervenire in merito all'emendamento?

Si è iscritto a parlare il cons. Willeit, a cui concedo la parola.

WILLEIT: Signor Presidente ed egregi consiglieri, mi rendo conto che dopo il voto sull'art. 2 le mie osservazioni contro lo stralcio delle norme a garanzia del gruppo linguistico ladino possono avere meno valore, almeno in questa sede, ma ritengo utile ciò nonostante spiegare i motivi della richiesta e dell'inserimento nel testo approvato dalla Commissione di queste tre misure, perché effettivamente di tre trattasi.

Lo faccio anche perché nell'ultima discussione è emersa non poca confusione e conoscenza delle situazioni particolari che caratterizzano il rapporto fra i gruppi linguistici in provincia di Bolzano.

Essenzialmente ho proposto tre misure: prima, l'eleggibilità del terzo gruppo linguistico a assessore, sindaco e vicesindaco nei comuni anche non ladini, motivo chiarissimo perché vivono e risiedono tanti ladini in comuni non ladini; la seconda è questa di cui stiamo ora parlando, una facilitazione per le candidature, per rendere possibile una candidatura autonoma con una lista propria, il che non significa affatto isolamento o andare da soli, ma significa organizzarsi unitariamente fra quella comunità per andare poi con altri, è stato fatto a Bolzano alle ultime elezioni e

riguardava ovviamente, ancora una volta, soltanto Bolzano, forse Bressanone e Brunico, però permetteva a quelle comunità grandi di presentare una lista autonoma. La terza garanzia era quella di dare la precedenza a candidati ladini su liste diverse, ovviamente con il consenso delle liste in caso di non elezione del candidato ladino, alla stregua del meccanismo previsto per l'elezione del ladino nel Consiglio regionale e provinciale.

Erano misure semplicissime, che non toglievano nulla a nessuno e che erano in perfetta sintonia con i principi dello statuto ed anche dell'ordinamento giuridico diverso e soprattutto con l'art. 1 dell'ordinamento dei comuni, che spiega le funzioni dell'autonomia comunale; fra queste funzioni avete già letto, perché questa legge l'avete approvata, non io, ma coloro che in quest'aula erano già nell'ultimo Consiglio, hanno approvato la legge comunale e provinciale e fra queste funzioni primarie dei comuni risulta la tutela dei gruppi.

Cercavo o ho cercato di adeguare le misure di salvaguardia del terzo gruppo linguistico alla situazione reale e giuridica esistente in Alto Adige, questa situazione reale bisogna capirla, si basa sulla suddivisione del potere, sulla partecipazione di un regime di concorrenza, volere o non volere. In questo regime di concorrenza bisogna adeguare le regole alle capacità di ogni gruppo linguistico, diversamente la norma o la tutela si trasforma in discriminazione, in impossibilità. Sono cose semplicissime da capire. Vi ho detto che le garanzie sarebbero senz'altro state conformi al fabbisogno ed al precetto giuridico, senza la partecipazione del gruppo linguistico ladino, laddove è richiesta, ne deriva indubbiamente un'ingiustizia sociale, una disparità di diritti commisurata anche al singolo cittadino, è una mancanza di tutela del gruppo, come ebbi già a dire indubbiamente un disservizio e non un servizio alla convivenza.

Pertanto, pur sapendo qual è la posizione della maggioranza, chiedo ancora una volta che si lasci in vigore il comma 2 e non lo si stralci.

Per non parlare una seconda volta vorrei osservare ancora qualcosa circa il numero delle sottoscrizioni, cosa che riguarda non solo il gruppo ladino, ma tutti, dicendo che lo ritengo troppo elevato nei maggiori comuni in quanto l'elevamento del numero delle sottoscrizioni è più giusto in un sistema maggioritario, laddove le liste o i vincitori debbono guadagnarsi i premi, in secondo luogo ritengo che non sia necessario questo elevamento, perché l'elezione del sindaco è collegata ad una lista o alle liste che garantiscono la non proliferazione delle liste; in terzo luogo, sappiamo che la burocrazia è grande per la presentazione delle liste e che nulla in questo caso è stato proposto di utile per eliminare la burocrazia; in quarto luogo, è l'ultima osservazione, invito tutti a guardare bene qual è il tempo di raccolta delle sottoscrizioni, il tempo che troviamo al comma 7 di questo art. 18, che sarebbe, se lo interpreto bene, non più di 15 giorni, un tempo assolutamente insufficiente, se non erro la legislazione statale prevede 150 giorni per la stessa raccolta delle stesse firme. E' tutto, vi ringrazio.

PRÄSIDENT: Danke schön.

Sind noch weitere Wortmeldungen zu dem Abänderungsantrag? Keine.
Dann stimmen wir über diesen Abänderungsantrag zum Absatz 1 ab. Wer mit dem

Abänderungsantrag des Ausschusses zum Absatz 1 einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben? Das ist die Mehrheit. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 2 Enthaltungen, ohne Gegenstimme ist der Änderungsantrag zum Absatz 1 angenommen.

PRESIDENTE: Grazie!

Chi desidera intervenire sull'emendamento? Nessuno. Allora passiamo alla votazione dell'emendamento al comma 1, presentato dalla Giunta regionale. Chi è favorevole, è pregato di alzare la mano. La maggioranza. Contrari? Nessuno. Astenuti?

Con 2 astensioni, nessun voto contrario e il resto di voti favorevoli l'emendamento al comma 1 è approvato.

PRÄSIDENT: Jetzt kommen wir zum Absatz 1 zum Abänderungsantrag der Abg. Zendron, Kury, Pinter. La lettera f) del comma 1 dell'art. 18 è abrogata. Der Buchstabe f) des ersten Absatzes des Art. 18 ist gestrichen.

Abg. Zendron, möchten Sie das Wort zur Erläuterung. Bitte.

PRESIDENTE: Passiamo ora all'emendamento al comma 1 presentato dai cons. Zendron, Kury, Pinter.

La lettera f) del comma 1 dell'art. 18 è abrogata.

Cons. Zendron, Lei desidera illustrare l'emendamento? Prego.

ZENDRON: Grazie, signor Presidente. Condivido quello che è stato detto dal cons. Willeit rispetto ai tempi ed alle cifre e credo che ci siano stati dei cambiamenti e delle riduzioni in Commissione, a quanto mi è stato detto, devo però far notare che sulla legge nazionale sotto i 1000 abitanti non c'è nessuna richiesta di sottoscrizione di firme, non solo, ma c'è esplicitamente una norma che dice che non devono essere richieste, all'art. 3, comma 2 della legge 81 c'è scritto: 'nessuna sottoscrizione è richiesta per la dichiarazione di presentazione di liste dei comuni con popolazione inferiore a 1000 abitanti', per cui mi pare che, come minimo, dovremmo adeguarci alla legge nazionale e non comprendo perché questa estrema severità nel chiedere che nei comuni sotto i 1000 abitanti in tutta Italia non si chiedano firme e da noi sì, che senso ha? Oltre tutto vorrei ribadire il concetto espresso dal collega Willeit un attimo fa, che ovviamente per le minoranze linguistiche, ma anche politiche, è sempre difficile trovare le firme in un comune molto piccolo, allora se per le minoranze politiche può essere una scelta, sempre dettata da quello che si diceva anche stamattina, 'più governabilità meno equità', mi sembra del tutto superfluo e un accanimento inutile lasciare questa lettera f), che richiede una cosa che non esiste nel resto d'Italia. Personalmente sarei anche per una riduzione delle altre, cioè che decidano i cittadini, non mettiamo continuamente sbarramenti, ma in questo caso mi sembra francamente una cosa che non si giustifica in nessuna maniera rispetto alla legge nazionale.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner - Danke schön, Frau Abgeordnete - ist der Abg. Atz. Er hat das Wort zum Abänderungsantrag.

PRESIDENTE: Il prossimo relatore iscritto a parlare sull'emendamento - grazie consigliere - è il cons. Atz. Prego, ne ha facoltà.

ATZ: Lassen Sie mich bitte nur unsere Position - die Position der Südtiroler Volkspartei - noch einmal wiederholen, weil es sonst so aussehen könnte, als ob wir uns um die Minderheit in Südtirol der Ladiner überhaupt nicht interessieren. Ich habe schon das letzte Mal betont, daß es nicht leicht für uns war, zum Ergebnis zu kommen, daß wir nicht anders konnten. Wir haben uns sehr bemüht einen Minderheitenschutz zugunsten der Ladiner einzubauen. Wir haben in der Kommission gerne zugestimmt. Wir haben gesonderte Sitzungen zu diesem Thema abgehalten und organisiert. Wir haben also diese Ladinerfrage sehr eingehend diskutiert, aber wir mußten leider Gottes durch verschiedene juristische Gutachten untermauert und verschiedene Aussagen seitens von Juristen zum Schluß kommen, daß wir diese Ladinerfrage in diesem Gesetz nicht miteinbauen können. Wir müßten das Autonomiestatut abändern. Wir sehen uns außerstande, obwohl es uns sehr leid tut, ich möchte das betont wissen, obwohl es uns sehr leid tut, aber wir können nicht anders als diese Punkte aus diesem Gesetz zu streichen. Wir werden uns aber bemühen, in diesem Sinne das Autonomiestatut abzuändern, zumindest was unsere Seite anbelangt.

(Mi consenta, signor Presidente, di illustrare la posizione della Südtiroler Volkspartei, in quanto altrimenti potrebbe sembrare che da parte nostra non ci sia interesse per la sorte dei ladini. Già la volta scorsa ebbi a sottolineare che per noi è stato facile arrivare ad una conclusione, in quanto non c'erano altre alternative. Noi ci siamo molto adoperati per l'inserimento di un'adeguata tutela dei ladini nel presente disegno di legge e abbiamo dato la nostra piena disponibilità a tale proposito in commissione. Abbiamo tenuto ed organizzato sedute sull'argomento, studiando in modo esauriente la questione ladina; tuttavia a seguito di alcuni pareri giuridici e varie dichiarazioni di giuristi abbiamo dovuto riconoscere che non era possibile inserire la questione ladina nel presente disegno di legge. Non possiamo farlo e ce ne rammarichiamo, e questo ci tengo a sottolinearlo; per cui ci troviamo nella situazione di dover stralciare questo punto dal disegno di legge. Ci impegneremo comunque, nell'ambito delle nostre possibilità, a modificare in tal senso lo Statuto di autonomia.)

PRÄSIDENT: Sind noch weitere Wortmeldungen zum Abänderungsantrag der Abg. Zendron, Kury, Pinter.

Ich sehe keine Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten, dann gebe ich das Wort dem Ausschuß zur Replik.

Prego, Assessore.

PRESIDENTE: Chi desidera intervenire sull'emendamento dei cons. Zendron. Kury e Pinter?

Poiché nessun altro consigliere ha chiesto di poter intervenire, do la parola alla Giunta regionale per la replica.

Prego, Assessore.

GIOVANAZZI: In merito all'intervento della collega Zendron, per quanto riguarda i comuni inferiori ai 1000 abitanti, è vero che non è prevista secondo la legge nazionale n. 81 la sottoscrizione, però abbiamo anche ritenuto di poter discostarci dalla legge nazionale prevedendo quanto meno 15 firme, non sono poi tante, sono 15 elettori ed è anche questo un impegno minimo di alcuni elettori per sostenere una candidatura o una lista ed abbiamo ritenuto di derogare anche per questo, visto fra l'altro che le liste o le sottoscrizioni ci devono essere per tutte le liste, anche per quelle liste che si presentano con il simbolo già riconosciuto, perciò abbiamo ritenuto che un minimo impegno ci fosse anche nelle liste dei comuni composti da solo 15 membri, solo per questo.

(Assume la Presidenza il Presidente Tretter)
(Präsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: la parola al cons. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente, non sarei intervenuto se non avessi ascoltato le dichiarazioni dell'assessore, il quale non giustifica affatto con le sue parole la necessità della raccolta di 15 firme per la presentazione di liste nei comuni al di sotto di 1000 abitanti. E' evidente che il numero di 15, signor assessore, non determina nulla e costituisce soltanto un fardello di natura burocratica, perché le 15 firme possono essere raccolte nell'ambito di due famiglie, quindi mi pare del tutto inutile insistere su questa strada, tenuto conto del resto della esplicita previsione dell'art. 3 della legge n. 81, laddove al secondo comma si dice chiaramente 'nessuna sottoscrizione è richiesta per la dichiarazione di presentazione delle liste nei comuni con popolazione inferiore a 1000 abitanti'. Al legislatore nazionale è sembrato un assurdo la richiesta delle 15 firme, perché rappresenta un atto meramente burocratico ed un fardello inutile e senza senso e in questo modo ritengo che la Giunta e la maggioranza, non adottando quanto previsto dall'emendamento presentato dalla collega Zendron, non farebbe altro che adeguare la normativa nostra a quella nazionale, tenuto conto della ragione, mi pare più che evidente, senza la necessità di doversi ulteriormente impegnare per la spiegazione di questo emendamento. Non stravolge nulla l'emendamento qualora fosse accolto, anzi adeguerebbe una realtà che, è fin troppo evidente, alla previsione nazionale, per cui il nostro gruppo voterà a favore dell'emendamento proposto.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire?
La parola al cons. Benedetti.

BENEDETTI: Grazie, signor Presidente. Mi sento anch'io di sottoscrivere, dirò che mi è un po' sfuggito questa lettera f) di questo comma nei lavori di Commissione. Non vedo nemmeno che ci siano grandi problemi, come diceva anche il collega Taverna, ad eliminare questo paragrafo, in quanto non facciamo altro che adeguarci alla legge nazionale e sappiamo bene sotto o fino ai 1000 abitanti che cosa significhi in Trentino, significa andare su comuni anche di 300 o 400 persone, quindi già è un problema arrivare a trovare i candidati, che mi sembra che le liste minime devono essere comunque di 3 persone, solitamente in questi casi tra l'altro abbiamo quasi sicuramente liste civiche, quindi non è che ci sia una grande concorrenzialità di liste, e quindi ritengo che questo comma possa essere tranquillamente abrogato senza che ci siano scandali o che possano succedere problemi all'interno della maggioranza; gradirei che magari qualche gruppo della maggioranza si facesse sentire su questo tema.

PRESIDENTE: La parola al cons. Pinter.

PINTER: ...Essendo firmatario di uno dei disegni di legge, in effetti questa previsione risultava un po' disattesa dalla nostra previsione delle firme, devo peraltro sottolineare come la proposta originaria della Giunta prevedeva il doppio delle firme necessarie che è qui contenuto nel testo proposto all'aula e quindi nel dimezzare le firme avevamo cercato di favorire la presentazione delle liste senza ulteriori impedimenti burocratici, è chiaro che sotto i 1000 abitanti di per sé anche la definizione di tre candidature come numero minimo di una lista è già una piccola... Non credo che la gente si diverta a presentare delle liste, come potrebbe essere in un comune con 5000 o 10.000 abitanti, quindi diventa di per sé sufficientemente esclusivo il fatto di poter presentare una lista, poi per quanto riguarda le precisazioni del cons. Willeit, credo che qui non esista emendamento abrogativo di quella previsione relativa alle liste formate in maggioranza da candidati appartenenti al gruppo linguistico ladino e pertanto si può sostenere quell'argomentazione.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento? Nessuno.

Pongo in votazione l'emendamento. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Consiglieri, vi prego di prendere posto. Devo ripetere la votazione, perché i conti non tornano.

(Interruzione)

PRESIDENTE: Chi è favorevole all'emendamento Zendron è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con 29 voti favorevoli, 20 contrari e nessuna astensione, l'emendamento è approvato.

Non facciamo commenti sulla votazione, perché qualcuno della maggioranza ha votato per l'emendamento Zendron, perciò cerchiamo qualche volta di essere meno polemici.

Abbiamo un altro emendamento all'art. 18 al comma 2, che leggo: 'Il comma 2 è soppresso.'

Il primo firmatario intende illustrarlo? Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Pongo in votazione l'emendamento. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano.

(Interruzione)

PRESIDENTE: Chiedo maggiore attenzione, stiamo votando l'emendamento soppressivo della Giunta al secondo comma dell'art. 18.

Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con 25 voti favorevoli, 14 contrari e 5 astensioni, l'emendamento è approvato.

Abbiamo un altro emendamento al comma 6 dell'art. 18 che recita: 'Nel comma 6 le parole "o di sindaco e vicesindaco" sono soppresse.'

Qualcuno intende intervenire sull'emendamento? Nessuno.

Pongo in votazione l'emendamento. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

All'unanimità l'emendamento è approvato.

Abbiamo un emendamento a firma del cons. Taverna al comma 7 dell'art. 18 che recita: 'Il comma 7 dell'art. 18 è soppresso.' Intende illustrarlo, collega Taverna'

La parola al cons. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente, ritengo che il comma settimo sia alquanto faragginoso e quindi determini una procedura che diventa veramente complicata da osservare. In primo luogo dovremmo sottolineare il fatto che il legislatore nazionale, per quanto riguarda questo aspetto, ha ritenuto di dover semplificare al massimo le procedure preliminari per quanto riguarda la formazione delle liste e la formazione delle candidature per quanto riguarda l'elezione del sindaco; in relazione avevo espressamente evidenziato quanto questa procedura fosse complicata e non raggiungesse l'obiettivo diretto a rendere trasparente questa fare delle operazioni preliminari, riteniamo quindi di dover ribadire questa nostra preoccupazione circa questa complicazione eccessiva nella formazione del procedimento elettorale e di conseguenza riteniamo che il comma settimo vada cassato, proprio per semplificare al massimo le operazioni cui prima facevo riferimento. Ritengo di non dover aggiungere altre considerazioni, se non quella che sarebbe opportuno ed auspicabile, con l'approvazione dell'emendamento, raggiungere l'obiettivo di fare in modo che tutta la procedura venga conclusa con un unico atto e quindi che nel momento in cui si proceda al deposito, questo deposito debba

valere per tutte le operazioni che sono collegate al procedimento medesimo. Non solo, ma da un punto di vista anche giuridico, nonché formale, l'aver determinato così come si determina al comma settimo, la questione relativa alla presentazione del documento politico in relazione a tutti gli altri atti formanti parte integrante del procedimento, ribadiamo che il documento politico non ha veste giuridica, non contiene un impegno di carattere giuridico, ma soltanto un impegno di carattere politico; anche per questa ragione ritengo che non possa essere considerato il documento politico presentato prima della consegna di tutte le procedure previste dalla legge.

Ecco perché riteniamo quindi di dover sostenere con convinzione questo emendamento alla luce di questo semplice ragionamento.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento Taverna?

La parola al cons. Pinter.

PINTER: Non concordo con le affermazioni del cons. Taverna circa l'inutilità di questa previsione e quindi di un appesantimento burocratico, perché il significato di questa dizione è quello che le sottoscrizioni alle liste siano effettuate nel momento successivo all'accettazione delle candidature, il problema è quello di evitare il millantato credito di candidati che vengono indicati come tali e che in realtà non hanno accettato e magari non intendono mai accettare la candidatura. Allora non sarebbe corretto nei confronti dei cittadini che qualcuno si presentasse raccogliendo delle firme con dei nomi di prestigio e che poi questi nomi di prestigio in realtà non accettano la candidatura e quindi non concorrono alle elezioni. Allora serietà vuole che quando una lista si presenta a raccogliere le firme i candidati siano tali a tutti gli effetti, cioè abbiano già firmato l'accettazione di candidatura.

PRESIDENTE: Altri intendono intervenire sull'emendamento? La Giunta?

La parola all'assessore Giovanazzi.

GIOVANAZZI: Intervengo solo per dire che la Giunta aveva inserito questo comma proprio per un fatto di trasparenza, cioè l'elettore che va a sottoscrivere una candidatura deve conoscere innanzi tutto il contenuto del programma ed il nome dei candidati. Proprio perché è un impegno di tipo politico anche il programma, è giusto che l'elettore possa venirne a conoscenza nel momento che va a fare la sottoscrizione della lista ed è per questo che si è scelta questa procedura riportata al comma 7.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento?

La parola alla cons. Klotz.

KLOTZ: Es gibt, glaube ich, gerade für kleinere Parteien und Gruppierungen einen Grund diesen Absatz 7 zu überdenken, weil nämlich hier die Rede davon ist, daß auch Kandidaten für den Gemeinderat, also nicht nur Bürgermeisterkandidaten, sondern auch Gemeinderatskandidaten, in nicht mehr als einer Gemeinde kandidieren dürfen. Nun

wissen wir, daß besonders kleine Parteien und Gruppierungen oft Schwierigkeiten haben genug Kandidaten zu finden. Es gibt hier auch eine bestimmte Vorgabe, daß mindestens so und so viele auf der Kandidatenliste stehen müssen, sodaß es gerade eben für kleinere Gruppierungen schwierig ist, diese Bedingungen zu erfüllen. Da sollte meines Erachtens möglich bleiben, daß beispielsweise in einem Tal die Kandidaten in zwei oder auch drei Gemeinden kandidieren dürfen. Für mich persönlich wäre dies der Grund diesem Änderungsantrag zuzustimmen, weil wir auch entsprechende Erfahrungen gemacht haben. Ich habe mich erkundigt, im Staatsgesetz ist dieser Passus nicht enthalten, wonach auch die Gemeinderatskandidaten nur in einer einzigen Gemeinde kandidieren dürfen. Aus diesem Grund also würde ich hier gerade auch die kleineren Gruppierungen aufmerksam machen und bitten sich das zu überlegen.

(Proprio per i partiti e gruppi più piccoli c'è una ragione in più per riflettere su questo comma 7, in quanto qui si afferma che i candidati alla carica di consigliere comunale, quindi non solo quelli alla carica di sindaco, non possono candidare in più di un comune. Ora, sappiamo che piccoli partiti o gruppi spesso hanno difficoltà a trovare candidati a sufficienza. Da un lato c'è la previsione che debbano esserci un certo numero di candidati sulla lista, tuttavia proprio per i gruppi più piccoli diventa difficile adempiere a certi presupposti. A mio avviso dovrebbe comunque essere possibile che in una valle i candidati possano candidarsi in due o anche tre comuni. Questo, per me, sarebbe una ragione valida per dare il mio consenso al presente emendamento, viste anche le esperienze fatte in questo ambito. Mi sono informata e nella legge nazionale non è contenuta questa norma, in base alla quale i candidati possono presentarsi solo in un singolo comune. Per questa ragione invito i piccoli gruppi a riflettere su questo aspetto ed a vagliare con attenzione la presente norma.)

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento? Cons. Taverna, intende replicare?

TAVERNA: Molto brevemente. Signor Presidente, noi riteniamo - e mi fa specie che non si sia compreso il significato di questo emendamento - che innanzi tutto così come ha fatto il legislatore nazionale non può essere ulteriormente appesantita la fase precedente alla competizione elettorale, perché viene appesantita questa fase, che è di per sé difficile e complicata, noi la vogliamo ulteriormente complicare e questo in contrasto anche con la previsione del legislatore nazionale, che ha ritenuto di dover rendere semplificata la procedura per una questione di trasparenza, perché è pur vero che qualcuno può sostenere che questo appesantimento della procedura è diretto ad impedire operazioni poco chiare per quanto riguarda la raccolta delle firme a sostegno delle candidature, noi riteniamo peraltro che, così come accade per quanto riguarda l'elezione della Camera dei deputati e del Senato della Repubblica, fase nella quale ci siamo oltre tutto impegnati recentemente, sia evidente a questo punto sottolineare il fatto che questa operazione, per quanto riguarda l'elezione della Camera dei deputati e del Senato della Repubblica, sia un'operazione contestuale, vale a dire i moduli che

servono per la raccolta delle firme hanno in testa indicati i candidati sui quali poi i sottoscrittori dovranno apporre la loro firma per quanto riguarda la presentazione di queste candidature e nel momento in cui avviene il deposito di tutti gli adempimenti, questo deposito avviene in un'unica soluzione e di conseguenza abbiamo formalizzato tutto l'iter relativo alla fase preparatoria in tempi diversi, ma la consegna degli atti avviene in tempo unico e quindi è veramente semplificata l'operazione. Se noi dovessimo leggere con attenzione il testo che ci è stato presentato al comma settimo, troveremo prima fase: 'deposito presso l'ufficio del segretario comunale competente e dopo l'affissione all'albo pretorio del comune delle liste delle candidature alla carica di sindaco e del programma amministrativo', quindi questa fase è preparatoria, che unisce la presentazione delle sottoscrizioni raccolte unitamente al programma amministrativo. Voi sapete che il programma amministrativo non ha significato dal punto di vista giuridico, è un impegno di carattere esclusivamente politico, poi, seconda fase: 'all'atto del deposito ciascun candidato alla carica di sindaco e ciascun candidato alla carica di consigliere deve aver accettato la candidatura e deve aver dichiarato contestualmente all'accettazione di non essere candidato in altri comuni'; terza fase: 'il deposito deve avvenire tra il ventesimo e il quinto giorno antecedente il termine della presentazione della lista'; e l'altra fase: 'l'affissione all'albo deve avvenire dal giorno successivo al deposito sino a quello della presentazione della lista'. Questo sono 5 fasi diverse che impongono 5 scadenze, 5 atti distinti e quindi impongono, in ultima analisi, una complicazione non dovuta, non comprensibile, della procedura medesima. Se invece si operasse attraverso l'approvazione dell'emendamento che abbiamo proposto, giungeremmo a disciplinare l'atto della presentazione dei procedimenti che riguardano questa fase attraverso un unico atto che semplificherebbe notevolmente tutta la procedura. Mi pare che questo vada incontro alla necessità di rendere più snella questa fase e una volta che abbiamo compreso fino in fondo che si è ottenuto questo risultato attraverso questa procedura, la procedura medesima sarebbe di notevole vantaggio a coloro che anche nei piccoli comuni si trovano nella difficoltà a dover seguire questo iter così disciplinato, che rappresenta non il raggiungimento di un obiettivo di trasparenza, ma, all'opposto, determinerebbe le condizioni per rendere ancora più complicate e complesse le operazioni cui prima facevo riferimento.

Per queste ragioni sosteniamo convintamente questo emendamento, nella considerazione che l'emendamento medesimo sarà destinato a rendere tutta la procedura più semplice e quindi più sopportabile. Non riusciamo a comprendere le difficoltà che la Giunta frappone a questo nostro discorso, che ritengo sia estremamente chiaro.

PRESIDENTE: Nessuno intende intervenire? Allora pongo in votazione l'emendamento Taverna.

Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario?

(Interruzione)

PRESIDENTE: Devo rifare la votazione. Prego i consiglieri di prendere posto, perché è difficile contare.

Siamo in votazione dell'emendamento Taverna.

(Interruzione)

PRESIDENTE: Ha chiesto la votazione per appello nominale? E' nel suo diritto.

Prego i consiglieri di prendere posto. Siamo in votazione dell'emendamento Taverna, che recita: 'Il comma 7 dell'art. 18 è soppresso.'

DENICOLO': Achmüller (*nein*), Alessandrini (*no*), Andreotti (*non presente*), Arena (*no*), Atz (*no*), Benedetti (*sì*), Benedikter (*ja*), Benussi (*sì*), Berger (*nein*), Binelli (*no*), Boldrini (*astenuto*), Bolzonello (*sì*), Bondi (*no*), Casagrande (*no*), Chiodi-Winkler (*astenuta*), Cigolla (*sì*), Conci-Vicini (*no*), Delladio (*astenuto*), Denicolò (*nein*), De Stefani (*astenuto*), Di Puppò (*astenuto*), Divina (*astenuto*), Durnwalder (*non presente*), Fedel (*non presente*), Feichter (*nein*), Frasnelli (*nein*), Frick (*non presente*), Gasperotti (*sì*), Giordani (*no*), Giovanazzi (*no*), Grandi (*no*), Holzer (*no*), Holzmann (*sì*), Hosp (*non presente*), Kasslatte Mur (*non presente*), Klotz (*ja*), Kofler (*no*), Kury (*nein*), Laimer (*non presente*), Leitner (*ja*), Leveghi (*non presente*), Magnabosco (*sì*), Mayr C. (*nein*), Mayr J. (*non presente*), Messner (*nein*), Minniti (*sì*), Montefiori (*non presente*), Morandini (*no*), Moser (*no*), Munter (*non presente*), Muraro (*astenuto*), Pahl (*nein*), Palermo (*non presente*), Pallaoro (*non presente*), Panizza (*no*), Passerini (*astenuto*), Peterlini (*nein*), Pinter (*no*), Romano (*non presente*), Saurer (*non presente*), Taverna (*sì*), Tosadori (*astenuto*), Tretter (*non partecipa alla votazione*), Valduga (*no*), Vecchi (*astenuto*), Viola (*non presente*), Waldner (*non presente*), Willeit (*astenuto*), Zanoni (*non presente*), Zedron (*no*).

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione:

presenti 52

votanti 51

voti favorevoli 12

voti contrari 28

astenuti 11

1 consigliere dichiara di non partecipare alla votazione.

Il Consiglio non approva.

Passiamo all'emendamento al comma 7 dell'art. 18 presentato dalla Giunta: 'Nel comma 7 le parole "o di sindaco e vicesindaco" e le parole "ed eventualmente di vicesindaco" sono soppresse.'

La Giunta intende illustrare l'emendamento? Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

Pongo in votazione l'emendamento. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti?

All'unanimità l'emendamento è approvato.

Abbiamo un altro emendamento presentato poco fa dalla cons. Klotz: 'All'art. 18, comma 7, stralciare le seguenti parole del secondo periodo: "deve avere dichiarato, contestualmente all'accettazione, di non essere candidato in altro comune".'

Cons. Klotz, intende illustrare l'emendamento?

La parola alla cons. Klotz.

KLOTZ: Herr Präsident, ich hatte bereits vorhin gesagt, daß das eine demokratische Aufforderung sein, also daß es notwendig sei, gerade im Hinblick auf kleinere Gruppierungen, die manchmal Schwierigkeiten haben, genügend Kandidaten zu finden, daß es für diese Gruppierungen möglich sein muß, daß beispielsweise in einem Tal die Kandidaten auch in zwei Gemeinden gleichzeitig kandidieren oder als Kandidaten zumindest aufscheinen dürfen. Denn dieser Satz hier sagt eben, daß sie bei der Annahme gleichzeitig erklären müssen, auch Gemeinderatskandidaten zu sein. Für die Direktwahl des Bürgermeister ist es etwas anderes, aber eben die einfachen Gemeinderatsmitglieder müssen bei der Annahme erklären, in keiner anderen Gemeinde als Kandidat aufgestellt worden zu sein.

Das sieht das Staatsgesetz nicht vor und ich bin eben der Meinung, daß man das herausnehmen sollte. Gerade als Rücksicht auf die kleineren Gruppierungen und Parteien und deshalb ersuche ich, daß man das hier streicht.

(Signor Presidente, già prima avevo affermato che era nostro dovere democratico ed una precisa esigenza dei piccoli raggruppamenti che spesso hanno difficoltà a reperire candidati, prevedere che i candidati possano presentarsi contemporaneamente anche in due comuni. Questa frase infatti specifica che al momento della accettazione essi devono anche dichiarare di essere candidati al consiglio comunale. Per l'elezione diretta del sindaco la cosa tuttavia è differente, ma in caso di elezione del consiglio comunale essi devono dichiarare al momento dell'accettazione della candidatura di non essere presenti su alcuna altra lista di altro comune.

Questo la legge nazionale non lo prevede e pertanto io sono dell'avviso che si dovrebbe stralciare questo passaggio, proprio per rispetto nei confronti dei gruppi e partiti più piccoli. Chiedo pertanto la soppressione di questo passaggio.)

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento Klotz? La Giunta? Nessuno.

Pongo in votazione l'emendamento. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti?

Con 10 voti favorevoli, 22 contrari e 5 astensioni, l'emendamento è respinto.

Qualcuno intende intervenire sull'art. 18?

Pongo in votazione l'articolo così emendato. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Astenuti?

L'articolo è approvato con 21 voti favorevoli, 3 contrari e 14 astensioni.

Vi prego di prendere posto, perché per la Presidenza è difficile contare.

Passiamo all'art. 19.

Art. 19

(Presentazione delle candidature nei comuni con popolazione fino a 3.000 abitanti della provincia di Trento)

1. Nei comuni con popolazione fino a 3.000 abitanti della provincia di Trento, con la lista dei candidati al consiglio comunale e con il programma amministrativo, deve essere anche presentato, presso l'ufficio del segretario comunale competente, il nome e cognome del candidato alla carica di sindaco, da affiggere all'albo pretorio.

2. Nessuna lista può comprendere un numero di candidati superiore al numero dei componenti del consiglio da eleggere, né inferiore a tre quarti. Qualora il numero dei candidati da comprendere in ogni lista contenga una cifra decimale superiore a cinquanta, esso è arrotondato all'unità superiore.

3. Nelle liste dei candidati nessuno dei due sessi può essere rappresentato in misura superiore ai tre quarti dei consiglieri assegnati.

4. I candidati, contrassegnati da numeri arabi progressivi, devono essere elencati con l'indicazione del cognome, nome, luogo e data di nascita.

5. Nessuno può presentarsi come candidato alla carica di sindaco e di consigliere comunale nello stesso comune o in comuni diversi. Chi riveste già la carica di sindaco in un comune non può presentarsi come candidato in altri comuni.

6. Nessuno può essere candidato alla carica di consigliere comunale in più di una lista nello stesso comune, né può presentarsi come candidato in più di un comune. Chi già riveste la carica di consigliere in un comune non può presentarsi come candidato in altri comuni.

DENICOLO'

Art. 19

(Vorlegung der Kandidaturen in den Gemeinden der Provinz Trient mit einer Bevölkerung bis zu 3.000 Einwohnern)

1. In den Gemeinden der Provinz Trient mit einer Bevölkerung bis zu 3.000 Einwohnern müssen beim Amt des zuständigen Gemeindesekretärs für den Anschlag an der Amtstafel zusammen mit der Liste der Kandidaten für den Gemeinderat und dem Verwaltungsprogramm auch der Vor- und Zuname des Kandidaten für das Amt eines Bürgermeisters vorgelegt werden.

2. Keine Liste darf eine Anzahl von Kandidaten umfassen, die höher als die Anzahl der zu wählenden Ratsmitglieder ist oder unter drei Viertel dieser Anzahl liegt. Falls die

Anzahl der in einer jeden Liste einzuschließenden Kandidaten eine Dezimalziffer über fünfzig enthält, so ist diese Anzahl auf die nächsthöhere ganze Zahl aufzurunden.

3. In den Kandidatenlisten kann keines der beiden Geschlechter die Kandidaten mit mehr als drei Vierteln der zugewiesenen Ratsmitglieder vertreten sein.

4. Die Namen der Kandidaten, die mit laufenden arabischen Ziffern gekennzeichnet werden, müssen mit der Angabe des Zu- und Vornamens sowie des Geburtsorts und -datums angeführt werden.

5. Niemand darf als Kandidat für das Amt eines Bürgermeisters und eines Gemeinderatsmitgliedes in derselben Gemeinde oder in verschiedenen Gemeinden auftreten. Wer bereits in einer Gemeinde das Amt eines Bürgermeisters bekleidet, darf nicht als Kandidat in anderen Gemeinden auftreten.

6. Niemand darf als Kandidat für das Amt eines Gemeinderatsmitgliedes in mehreren Listen derselben Gemeinde aufgestellt werden oder in verschiedenen Gemeinden als Kandidat auftreten. Wer bereits in einer Gemeinde das Amt eines Gemeinderatsmitgliedes bekleidet, darf nicht als Kandidat in anderen Gemeinden auftreten.

PRESIDENTE: All'art. 19 sono stati presentati alcuni emendamenti. Tanto per chiarire, cons. Bondi, penso ritiri i suoi, altrimenti decadono. Rimane quello che leggo ora: 'Al terzo comma le parole "tre quarti" sono sostituite dalle parole "due terzi".' Gli altri due emendamenti sono ritirati.

Sull'emendamento la parola al cons. Bondi.

BONDI: Questo è un emendamento che tende a riequilibrare il rapporto tra i due sessi presenti nella lista. Possiamo avere delle perplessità in ordine al fatto che si debba per legge prevedere l'obbligo di avere almeno un terzo di posti in lista riservati al sesso femminile, credo però sia importante in questo modo cercare di rovesciare la tendenza che vede le rappresentanze maschili nella maggior parte dei casi assolutamente predominanti rispetto a quelle femminili. Credo peraltro che su questo emendamento ci sia una convergenza del Consiglio e della sua espressione femminile, saranno le colleghe di sesso femminile ad intervenire, io credo che in linea con la previsione iniziale a livello nazionale questo emendamento possa essere accolto, nella speranza che vi sia un'inversione di tendenza rispetto al fatto che nei nostri consigli comunali la presenza femminile è assolutamente irrilevante; del resto vedo che è stata distribuita anche una presa di posizione del comitato per le pari opportunità tra uomo e donna, che chiede al Consiglio di andare in questo senso, approvando questo emendamento. Grazie.

PRESIDENTE: Faccio presente alla collega Chiodi che, qualora venisse approvato l'emendamento del cons. Bondi, il suo decadrebbe, trattandosi dello stesso argomento.

La parola alla cons. Chiodi.

CHIODI: Ho presentato questo emendamento perché, a parte il legame con la legge nazionale, credo che visto che questa è anche la prima legge che facciamo che riguarda

un'elezione, cioè l'elezione diretta del sindaco, credo sarebbe corretto che riflettessimo un po' sulla scarsa presenza femminile che c'è sempre all'interno di tutti i consigli, dai consigli comunali al Consiglio regionale. Allora non voglio creare un ghetto o un discorso di una corsia privilegiata, però credo che, se voi avete avuto la fotocopia della commissione delle pari opportunità della provincia di Bolzano, credo ci siano dei punti estremamente importanti, che varrebbe la pena sottolineare.

Non intendo creare un ghetto, però non dobbiamo nasconderci che le donne in politica sono sempre molto poche, perché probabilmente per certi versi è vero che la politica è inventata con tempi e modi di fare maschili, ma è anche vero che i maschi che molte volte sono in politica stentano enormemente ad allargare le maglie per l'entrata di donne nei consigli, sia comunali che provinciali, ma credo anche nazionali e di conseguenza credo che debba essere proprio una cosa a cui dobbiamo credere, perché le donne che votano, per esempio nella nostra provincia, sono più del 50%, allora potete dire quello che volete, però dobbiamo avere a tutti i costi la possibilità di avere questa rappresentanza all'interno delle nostre liste. So che sulla quota prevista dalla legge nazionale ci sono probabilmente dei ricorsi perché non è possibile definire in legge questo tipo di quota, però credo che qui valga la pena fare un ragionamento onesto e valga la pena che noi tutti ci diciamo e riusciamo a capire che in qualche modo dobbiamo rompere questa rete e incominciare a dire, per esempio su questa elezione, che una lista può essere formata da un tot di persone da un sesso con una rappresentanza dell'altro sesso che sia visibile. Ecco il perché di questo emendamento. Credo sia importante che ne discutiamo e riflettiamo tra di noi, perché non credo sia corretto che noi...

(Interruzione)

CHIODI: Voi non solo non mettete le donne in lista, ma non le ascoltate nemmeno!

...Allora credo sarebbe davvero un passo importante se in qualche modo riuscissimo a sottolineare con un'affermazione l'utilità di questa presenza in queste liste.

PRESIDENTE: Non ho distribuito questa presa di posizione del comitato per le pari opportunità tra uomo e donna, mi è stato chiesto di distribuirlo ai consiglieri della provincia di Bolzano, ma era ovvio che dovevo distribuirlo a tutto il Consiglio.

(Interruzione)

PRESIDENTE: E' stato distribuito a tutti.

La parola alla cons. Zendron.

ZENDRON: Sono ovviamente, come credo tutte le donne di questo Consiglio, d'accordo con questo emendamento e vorrei portare alcune ragioni, una evidente, guardiamoci e pensiamo se questo Consiglio, ad esempio, è rappresentativo della nostra società, credo di no, perché fuori ci sono anche le donne che lavorano. Nelle nostre due

province lavorano proporzionalmente molte più donne che nel resto d'Italia, cioè lavora una percentuale di donne sul 38 o 39%, un po' di più in Trentino, una percentuale che è estremamente più elevata della media del resto d'Italia. La legge nazionale ha previsto una presenza nelle liste dei due terzi, mentre qui viene ridotta ai tre quarti e questa è una prima ragione.

Vorrei fare una considerazione sulle quote: è vero che tutti ci auguriamo che non si debba usare questo metodo delle quote, che è un po' rigido, per garantire la rappresentanza reale di quello che non è affatto un quarto o un terzo della nostra società, ma che è più della metà, vorrei ricordarvi, anche se qui dove si comanda è assai meno di un terzo o di un quarto, però devo dire che ogni metodo è lecito per garantire un minimo di rappresentanza di una realtà che altrimenti non entrerebbe comunque negli organismi decisionali collettivi della nostra società.

Voglio chiedervi di leggere con attenzione questa presa di posizione del comitato per le pari opportunità tra uomo e donna della provincia di Bolzano, dove sono rappresentate donne di tutte le opinioni e di tutti i ceti sociali e, non occorre che lo dica, di tutti i gruppi linguistici, tutte queste persone hanno ritenuto opportuno stimolare la vostra attenzione su tale questione.

Vediamo adesso, anche dall'intervento della collega in precedenza, come questa questione susciti risolini, disinteresse, chiacchiere eccetera, credo che in un modo o nell'altro sia una cosa con cui anche i signori consiglieri maschi devono cominciare a fare i conti.

Non credo si possa arrivare ad una vera democratizzazione della nostra società e degli organismi che la governano, a partire dai più bassi, dai consigli comunali eccetera, se non ci sarà una rappresentanza vera, reale della società. I consigli devono essere lo specchio della nostra realtà per arrivare a prendere delle decisioni nell'interesse di tutti. Questo oggi non è e quindi chiedo che si dia questo segnale, che non corrisponde affatto alla vera rappresentanza dei due generi all'interno della società e che comunque fa fare un passo avanti nella considerazione che tutti i partiti devono farsi carico di essere rappresentativi della realtà che vorrebbero andare a governare.

PRESIDENTE: La parola al cons. Atz.

ATZ: Grundsätzlich, werte Kolleginnen und Kollegen, wollte ich eigentlich nicht über die Artikel Aussagen machen, die Trient betreffen, aber nachdem hier über ein Thema diskutiert wird, das dann in folgenden Artikeln auch für Südtirol anzuwenden wäre, lassen Sie mich kurz unsere Meinung sagen. Ich glaube, zumindestens was für unsere Partei gilt, daß kein Mensch sich verschließt, auf die Liste gesetzt zu werden, aber das Problem, zumindestens was unsere Partei und unser Land betrifft, besteht nicht drin, daß wir keine Frauen auf die Liste nehmen wollen, sondern es besteht darin, daß wir zu wenig Frauen finden. Das ist unser Problem und deshalb werden wir - sie wissen, daß es für den nächsten Artikel einen Beschlußantrag unserer Mehrheit gibt - uns eben für diese drei Viertel aussprechen. Wir werden uns so auch bei der Abstimmung verhalten.

(A dire il vero, illustri colleghi, non era mia intenzione intervenire sugli articoli che concernono la provincia di Trento, ma poiché qui si discute di un argomento che poi viene ripreso nei successivi articoli anche per la provincia di Bolzano, colgo l'occasione per illustrare brevemente la nostra posizione. Per il nostro partito non ci sono riserve per includere qualcuno, nella fattispecie donne sulla nostra lista, ma il problema reale per noi, almeno nella nostra provincia, consiste nel fatto che ci sono troppo poche candidate donne. Questo è il nostro problema ed avendo presentato la nostra maggioranza per il prossimo articolo una mozione, noi ci pronunceremo a favore dei 3/4. Anche nel corso della votazione questa sarà la nostra posizione.)

PRESIDENTE: La parola alla cons. Kury.

KURY: Danke schön, Herr Präsident.

Ich wollte eigentlich erst beim nächsten Artikel das Wort ergreifen, wo es um die Quotenregelung für die Provinz Bozen geht, aber nachdem Herr Fraktionssprecher Atz jetzt bereits das Wort ergriffen hat für seine Partei und deshalb wohl auf die Provinz Bozen bezug genommen hat, möchte ich hier auch antworten. Das was ich jetzt sage, gilt für Trient genau so wie für Bozen.

1. Meine Kollegin hat es schon vorweg genommen. Natürlich ist eine Quotenregelung nicht elegant. Das gebe ich gerne zu. Es schaut ein bißchen nach Reservat aus. Dennoch ich glaube und ich bin ganz der festen Überzeugung, daß wir von einer Quotenregelung wegkommen müssen in Zukunft. Dennoch die Tatsache, daß der Nachholbedarf so groß ist, rechtfertigt die Einführung dieses sicherlich nicht wünschenswertes Instruments. Werden wir einmal die Anzahl der Frauen, wie sie im Schwedischen Parlament vertreten sind, erreicht haben und das wäre mein Zielvorstellung, dann wird sich die Quotenregelung wohl von selbst erübrigen. Bis dahin gilt also für unsere Region aber noch ein weiter Weg zurückzulegen und deshalb bin ich absolut für diese Quotenregelung und zwar in dem Ausmaß zwei Drittel und nicht drei Viertel wie es hier vorgeschlagen ist. Ich glaube, daß die Politik sehr davon profitieren würde, wenn mehr Frauen sich in den politischen Gremien vertreten sein würden. Ich glaube, daß würde sowohl dem politischen Stil nützen und es würde auch der Sachpolitik nützen. Warum ich davon so sehr überzeugt bin in meiner kurzen Anwesenheit im Landtag und auch im Regionalrat habe ich es einfach aus der Praxis gemerkt. Wir Frauen sowohl im Regionalrat als auch im Landtag können uns ohne weiters über Parteigrenzen hinweg einigen, wenn es darum geht ein gemeinsames Ziel zu erreichen. Etwas wo ich mir bei der Männerpolitik sehr schwer tue. Bei den Männern ist es ja immerhin noch so, daß man sturheil alles niederstimmt, wenn es von der falschen Seite kommt und ich denke da wäre eine Veränderung in der Politik äußerst wünschenswert.

Die Einwände, die Herr Fraktionssprecher Atz hier vorgebracht hat, sind diese die in den letzten Tagen hier bereits in der Bar zirkuliert sind. Ja, wir würden ja so gerne die Frauen auf die Liste nehmen, aber wir finden leider keine. Das mag ja

stimmen, aber bitte meine lieben Herren in diesem Saal, überlegen sie sich einmal warum wir keine Frauen finden. Wir finden deshalb keine Frauen, weil die Politik eben auf die Männerwelt zugeschnitten und bitte überlegen Sie jetzt einmal, Herr Atz, weil Sie die Hände über den Kopf zusammenschlagen, wer von Ihnen Männer hier, die ihr hier anwesend seid, würde von vornherein sich bereit erklären zu Hause bei den Kindern zu bleiben, wenn die Frau in den Gemeinderat geht. Bitte, welche Frau, wenn sie Kinder hat, kann darauf zählen, daß ihr Mann verlässlich zu Hause ist. Bitte Hand aufs Herz, dann geht doch der Mann doch lieber selbst in den Gemeinderat und erledigt sich die Sache dort wie es gehört. Es ist nichts zu lachen. Vor kurzer Zeit, es ist, glaube ich kein halbes Jahr her, wurde unserer Landtagspräsidentin der Vorwurf gemacht, sie sei eine Rabenmutter. Ich frage jetzt, welchem Landesrat hier wurde jemals der Vorwurf gemacht, er sei ein Rabenvater - er habe doch Kinder zu Hause und widmet sich den ganzen Tag der Politik. Das hört man nie, aber kaum widmet sich eine Frau der Politik hat sie mit doppelten Vorurteile zu kämpfen. Entweder sie mache eine männliche Politik oder sie vernachlässige ihre Kinder. Und das gebe ich hier zu bedenken.

Viele Sitzungen sind am Abend angesetzt für den Gemeinderat und ich frage euch wirklich, welche Frau kann sich ohne weiteres leisten am Abend frisch fröhlich in den Gemeinderat zu gehen ohne den Mann zu versorgen ohne auf die Kinder zu schauen und ohne eine ganze Reihe von zusätzlichen Aufgaben noch zu übernehmen. Und deshalb liebe Herren, gibt es hier eigentlich nichts zu lachen und wenn man jetzt sagt, wir finden keine Frauen, bitte strengen sie sich an und verändern die Bedingungen, daß Frauen eben genauso gleichberechtigt eben in der Politik tätig sein können, wie die Männer und gerade deshalb begrüße ich diese Quotenregelung, weil sie die Männer zwingt den Frauen das Leben in der Politik leichter zu machen. Von alleine passiert das nämlich nicht.

(Grazie, signor Presidente!

Veramente era mia intenzione prendere la parola sul prossimo articolo, laddove si parla della regolamentazione delle quote nella provincia di Bolzano. Ma poiché il capogruppo Atz è intervenuto su questo argomento poc'anzi ed ha fatto riferimento alla provincia di Bolzano, vorrei rispondergli subito. Ciò che dirò oggi vale tanto per la provincia di Bolzano quanto per la provincia di Trento.

Primo: La mia collega lo ha già anticipato: è ovvio che una regolamentazione delle quote non è elegante. Questo lo ammetto. Ha quasi il sapore di "riserva". Tuttavia ritengo e sono fermamente convinta che in futuro si dovrà prescindere da una tale regolamentazione. Tuttavia essendo la necessità di recupero in questo momento così grande, l'introduzione di questo strumento imperfetto è giustificata. Quando avremo raggiunto una percentuale di donne, quale quella presente nel Parlamento svedese e questo sarebbe il mio sogno e obiettivo, la regolamentazione delle quote risulterà di fatto inutile. Ma fino ad allora la nostra Regione avrà ancora una lunga strada da percorrere e per questo sono assolutamente favorevole a questa regolamentazione delle quote nella misura dei 2/3 e non dei 3/4 come è stato qui proposto. Io credo che la politica potrebbe trarre grossi vantaggi dal fatto di avere più

donne rappresentate negli organi politici. Sicuramente sarebbe di grosso giovamento per lo stile politico, ma anche per la politica reale. Perché ne sono così convinta? Perché l'ho osservato di prima persona, in questa mia breve esperienza in Consiglio regionale e provinciale. Noi donne in Consiglio regionale e provinciale riusciamo a trovare un accordo anche oltre i dettami del partito, quando si tratta di conseguire un obiettivo comune. Cosa che difficilmente si avvera nel mondo maschile. Gli uomini sostanzialmente tendono sempre a respingere ciò che proviene dalla parte sbagliata ed in questo senso sarebbe auspicabile un cambiamento.

Le obiezioni che ha sollevato poc'anzi il collega Atz, sono state oggetto già nei giorni scorsi di discussioni di corridoio. "Sì, è vero, noi desidereremmo avere più donne sulle nostre liste, ma purtroppo non riusciamo a trovarne". Ciò può anche essere vero, cari signori presenti in quest'aula, ma a questo punto è doveroso chiedersi perché non riuscite a trovare donne a sufficienza. Voi non riuscite a trovarle, perché la politica ha un'impronta ancora troppo maschile. Caro collega Atz, Lei che adesso si mette le mani nei capelli, rifletta un po': chi di voi uomini qui presenti sarebbe disposto ad accudire i figli mentre la moglie va in consiglio comunale? Quale madre può del resto contare su un marito affidabile che resta a casa con i figli? In quel caso infatti, ammettiamolo, è il marito che preferisce andare egli stesso in consiglio comunale e risolvere i problemi come meglio crede. Non c'è nulla da ridere. Poco tempo fa, non sono passati ancora sei mesi, la nostra Presidente del consiglio provinciale è stata accusata di essere una madre snaturata. Io mi chiedo ora, a quale Assessore è mai stata rivolta l'accusa di essere un padre snaturato e gli è stato suggerito di rimanere a casa con i figli, invece di dedicarsi tutto il giorno alla politica. Affermazioni di questo tipo non le ho mai sentite. Ma appena una donna si dedica alla politica deve combattere con doppi pregiudizi, o quello di fare una politica maschile o di trascurare i suoi figli. E su questo vorrei che si riflettesse.

Inoltre molte sedute del consiglio comunale sono convocate la sera ed io mi chiedo quale donna può permettersi di andare senza problemi la sera in consiglio comunale, senza dover provvedere al marito ed ai figli e senza doversi assumere un onere supplementare. Per questo, signori e signore, non c'è nulla da ridere. E se ora si afferma che non si riescono a trovare donne a sufficienza, allora io dico: iniziate a cambiare le condizioni, in modo che le donne abbiano le stesse possibilità di accedere alla politica degli uomini. In questo senso appoggio la regolamentazione delle quote, poiché costringe gli uomini a rendere più facile l'accesso delle donne al mondo della politica. Da solo non succede.)

PRESIDENTE: La parola alla cons. Conci.

CONCI: Signor Presidente ed egregi consiglieri, mi rendo perfettamente conto che quello del rapporto fra donne e politica è un tema molto delicato ed anche i commenti in aula che hanno accompagnato l'intervento che mi ha preceduto ne sono una testimonianza. E' delicato, perché si presta ad equivoci o addirittura a veri e propri fraintendimenti dal punto di vista delle ragioni che portano le donne a sostenere la causa

del riequilibrio della rappresentanza, ma è anche delicato per il pericolo costante di rispondere alla legittima richiesta di tutela dei diritti e delle pari opportunità delle donne con interventi come quello di cui si sta parlando adesso, che rischiano spesso di scivolare nel terreno paludoso della difesa corporativa o addirittura della ghettizzazione e nessuno di noi, credo, vuole né la difesa corporativa né la ghettizzazione da riserva indiana, tuttavia il problema esiste, ha una sua precisa e fondamentale rilevanza e va quindi affrontato con serietà e nella consapevolezza che non si tratta dell'ennesimo e patetico riemergere del rivendicazionismo femminile, ma è una questione di giustizia e di riequilibrio della stessa convivenza sociale.

Già nelle discussioni del gruppo di lavoro costituito presso la Presidenza del Consiglio dei Ministri sulle riforme elettorali e sul riequilibrio della rappresentanza il tema ha avuto più di un'occasione sia per essere messo a fuoco sia per individuare le vie possibili per la sua concreta realizzazione.

I punti di partenza del ragionamento sono in tal senso essenzialmente due: il primo è rappresentato dalla oggettiva e non più contestata caduta di credibilità del tradizionale modo di fare politica e quindi dall'esigenza di ridare fiducia alle istituzioni attraverso una corretta e trasparente gestione della cosa pubblica, ma anche a mezzo di un rinnovamento dei soggetti, ivi comprese le donne, che danno espressione completa a tale gestione. Il secondo è che la nostra democrazia, oggi tanto delegittimata, è tale anche perché è una democrazia dimezzata, nelle cui sedi decisionali non sono presenti, in violazione dell'art. 3 della costituzione, soggetti, quali ad esempio le donne, che rappresentano oltre la metà del paese reale.

Il riequilibrio della rappresentanza non è dunque un'esigenza corporativa del mondo femminile, ma corrisponde alla realizzazione di una democrazia piena, perché paritaria e proprio perché il peso assunto dalle donne nella vita sociale non equivale al potere che esse hanno, o meglio non hanno, nelle istituzioni, che la questione femminile, attraverso la quale passa il rinnovamento della nostra democrazia, si incentra non soltanto sulla esigenza che venga favorita la presenza di un maggior numero di donne nelle istituzioni, ma anche nel conferimento ad esse di un maggior potere all'interno delle istituzioni stesse. Solo a queste condizioni si può effettivamente e concretamente cambiare quel sistema messo oggi sotto accusa, che le ha finora escluse dall'assunzione di precise responsabilità collettive.

E' in questo complesso e delicato contesto che si colloca, credo, l'emendamento proposto dal cons. Bondi e dalla cons. Chiodi riguardo la tutela della presenza femminile nelle liste elettorali per l'elezione dei consigli comunali. Mi rendo conto che il problema non può essere ridotto a una mera questione di tutela numerica nelle liste, tra l'altro il contenzioso sul quale dovrà esprimersi la Corte costituzionale circa la legittimità delle norme che tutelano a livello statale la presenza femminile nelle liste elettorali può rendere ancora più difficile e complicato l'intero problema. Tuttavia, se partiamo dal presupposto che in attesa di un mutamento culturale e comportamentale della società e dell'elettorato, che per la sua stessa natura ha bisogno di tempi lunghi - il cambiamento di mentalità, un cambiamento culturale non si fa in tempi brevi -, sia utile individuare delle modalità di passaggio che inneschino ed accelerino il riequilibrio della

rappresentanza, anche la previsione con legge di una quota riservata può costituire un utile strumento, nessuno di noi gode per questo, ma è il minor male in questo momento. Certo non è tutto, in questa sede comunque stiamo discutendo di un meccanismo elettorale senza pretendere di risolvere tutto, è perlomeno legittimo chiedersi se esistano spazi possibili per far sì che questo meccanismo risponda alle esigenze di riequilibrio della presenza delle donne in quello straordinario reticolo di istituzioni di base, costituito dai comuni e ciò proprio per il fatto che la riserva dei posti, anche se non è una soluzione, è comunque un passo concreto, visibile e che ci colloca nella direzione del progressivo superamento degli attuali squilibri. Il documento che in questo senso è stato presentato e che sottolinea come una più corretta rappresentanza di uomini e donne negli organi decisionali rafforzerebbe la legittimità e la qualità delle decisioni stesse, quindi non è una questione di privilegio, ma quella che si chiede è una questione di qualità, credo sia in questo senso una testimonianza.

Di fronte allora all'emendamento dei colleghi Chiodi e Bondi sono portata ad assumere un atteggiamento favorevole, proprio per la natura della questione sollevata e per la pertinenza del contesto, cioè la definizione delle regole del gioco politico, cui la stessa è collegata.

Sono consapevole che per rendere l'emendamento giuridicamente accettabile ci vorrebbe una modificazione complessiva dell'impianto su cui poggia in disegno di legge, un impianto che ha tenuto conto di tutte le variabili in gioco, della diversa situazione delle due province, delle componenti etniche, dei partiti politici, ma non delle legittime aspettative delle donne. Questa non pare proprio essere stata la maggiore preoccupazione di chi ha steso materialmente il disegno di legge.

Pur nella consapevolezza che si tratta più di una testimonianza che di un'espressione di voto, destinata a modificare le cose, questo è il motivo per il quale voterò a favore, mi auguro insieme alle altre donne di questo Consiglio, della proposta presentata dal cons. Bondi e dalla cons. Chiodi.

PRESIDENTE: Sull'argomento la parola al cons. Frasnelli.

FRASNELLI: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich danke meiner Partei, daß sie in dieser wichtigen gesellschaftspolitische Frage jedem einzelnen Abgeordneten ihrer Fraktion Gewissensfreiheit bei der Abstimmung einräumt. Gehöre zu denjenigen, die der Auffassung sind, daß der Frau in den kommenden Jahrzehnten eine völlig neue Rolle und Bedeutung zukommen wird in der Kirche, in der Politik, in der Gesellschaft, im Leben der internationalen Gemeinschaft schlechthin. Unübersehbare Signale läuten diese Wende ein. Denken wir an die Möglichkeit des Priesteramtes in der anglikanischen Kirche, das nach vielen Geburtswehen mehrheitlich eingeräumt worden ist. In der katholischen Kirche wird dies sicher länger dauern, aber auch in der katholischen Kirche, davon bin ich persönlich überzeugt, kommt dieser Tag. In der Politik gibt es gleichfalls Zeichen dieser Art. Erst vor wenigen Tagen haben wir in einem hoffentlich demnächst Mitgliedsland unserer EU, Schweden, ein Resultat der

Reichstagswahlen zur Kenntnis nehmen dürfen durch das 41 Prozent der Abgeordneten Frauen Einzug gehalten haben im Schwedischen Reichstag. Wenn wir an die Debatte anlässlich der UNO-Bevölkerungs-Konferenz in Kairo uns zurückerinnern vor wenigen Wochen so war die Stärkung der Rolle der Frau das zentrale Thema auf dieser wichtigen Konferenz. Bin daher der Auffassung, daß wir als Gesetzgeber für unseren bescheidenen Rahmen, wo wir Kompetenzen haben, nicht einer unabänderlichen Entwicklung, die ich als eine positive erachte, hinterherlaufen sollen, hinterlaufen dürfen, sondern daß wir sie nach vorne aktiv mitgestalten sollen. Auch ich wäre froh, wenn es etwa keinerlei Quote bedürfte um der Rolle der Frau schon heute den ihnen zustehenden Raum einzuräumen, aber aus welchen Gründen auch immer - ich will sie hier nicht mehr in Detail bringen, müssen wir feststellen, daß ohne den sogenannten sanften Zwang bestimmter Normen und Bestimmungen dies offensichtlich nicht so ohne weiteres möglich ist. Nun haben wir eine klare Willenserklärung aller Frauen in diesem Hohen Hause, der zu wenigen Frauen. Ich für meinen Teil würde die sogenannten Herren der Schöpfung aufrufen, stimmen wir nicht gegen den erklärten Willen aller Frauen in diesem Hohen Hause. Für meinen Teil werde ich für den Abänderungsantrag stimmen. Danke, Herr Präsident.

(Illustri signori e signore!

Ringrazio il mio partito per aver dato la possibilità ad ogni singolo consigliere del gruppo di poter scegliere liberamente in piena coscienza la posizione da assumere al momento del voto. Io rientro tra coloro che ritengono che la donna nei prossimi decenni avrà un ruolo completamente nuovo nell'ambito della chiesa, della politica, della società nazionale ed internazionale. Segnali evidenti preannunciano questa nuova svolta. Pensiamo ad esempio al sacerdozio nella chiesa anglicana che è stato ora introdotto dopo lunghe traversie. Sono convinto che la chiesa cattolica impiegherà un tempo maggiore per accettare il cambiamento, ma prima o poi verrà il giorno. Nella politica ci sono pure segnali di questo tipo. Solo pochi giorni fa in Svezia, un paese che forse presto diventerà anch'esso membro della UE, è stato raggiunto alle elezioni parlamentari un risultato elettorale che ha visto salire al 41 per cento la quota delle donne ivi rappresentate. Se ricordiamo la discussione svoltasi alcune settimane fa in occasione della conferenza mondiale del Cairo sullo sviluppo demografico, constateremo che il ruolo della donna è stato il tema centrale della conferenza. Per questo sono dell'avviso che come legislatori, nell'ambito delle nostre competenze non dovremmo correre dietro ad un modello di sviluppo immutabile, ma dovremmo cercare di influenzarlo attivamente verso il futuro. Anch'io sarei più contento se non ci fossero delle quote, per attribuire alle donne il ruolo loro spettante, ma visti i motivi che hanno portato a questa situazione e che ora non intendo illustrare nel dettaglio, mi sembra che senza una dolce costrizione di certe norme non si possa altrimenti arrivare ad un vero e proprio cambiamento. Ora abbiamo una chiara dichiarazione di volontà di tutte le - poche - donne presenti in questo consesso. Da parte mia mi appellerei ai cosiddetti alti signori, pregandoli di non volere votare contro questa dichiarata volontà di tutte le donne. Io comunque darò il mio voto favorevole all'emendamento. Grazie, signor Presidente.)

PRESIDENTE: La parola al cons. Holzmann.

HOLZMANN: Grazie, signor Presidente. Io invece voterò contro questo emendamento, perché non comprendo per quale motivo la collega Chiodi, che ha presentato l'emendamento, voglia conservare per sé, cioè per la sua categoria, il 30% dei posti disponibili nelle liste, una categoria che noi amiamo molto e che abbiamo molto in considerazione, ma che non riteniamo di dover garantire con delle norme particolari.

Ho preso visione della posizione del comitato per le pari opportunità, che sostanzialmente concorda con l'emendamento presentato, ma anche la lettura delle motivazioni che sono state espresse non mi ha convinto della bontà di inserire in una legge una norma di questo tipo, la cosiddetta 'riserva sessuale' a favore delle donne.

Riteniamo che le donne abbiano una sorta di problemi aggiuntivi rispetto agli uomini nello svolgere un'attività politica, però non è questo lo spirito dell'emendamento, ma quello di garantire alle donne una riserva di posti maggiore rispetto a quella prevista dalla legge.

Una donna il posto se lo deve conquistare come un uomo, a mio e nostro avviso, in base alle sue qualità, alle sue capacità, alla sua disponibilità, alla sua voglia di sacrificarsi per svolgere con successo un'attività di questo tipo e noi in Alto Adige, purtroppo, siamo abituati ad avere riserve di ogni tipo, per i posti, per questo o quel gruppo linguistico, i ladini che qui volevano lo sconto per la presentazione delle firme, volevano essere eletti con meno voti del necessario, insomma ognuno cerca di portare a casa un risultato per garantire alla categoria che in quel momento rappresenta un vantaggio rispetto alla maggioranza, diciamolo pure.

E' anche vero che le donne, che rappresentano la maggioranza dell'elettorato, per lo meno qualcosa di più del 50%, sono effettivamente sottorappresentate in politica, ma non perché ci siano delle norme di legge che le ostacolano, questo dipende dalla realtà oggettiva dei fatti, è evidente che la donna si trova in una condizione, dovuta alla sua stessa natura, che la rende più lontana da un certo tipo di impegno, questo è un dato di fatto e non è determinato da cattiva volontà del legislatore e, allora, se si dovesse difendere ad oltranza un emendamento di questo genere, si dovrebbe prevedere anche l'esatto contrario, che nelle liste non ci possa essere una rappresentanza di un sesso superiore ai due terzi, perché a questo punto anche quelli di sesso maschile chiederebbero una loro tutela e non potrebbero accettare di essere inseriti in una lista dove le donne superano i due terzi, però questo non l'avete pensato. Siccome sono per le pari opportunità, ritengo che la selezione deve essere fatta sulla base delle persone che ogni partito, lista o formazione, ha a propria disposizione e che possa quindi valutarle in base alla loro capacità e caratteristiche e che gli elettori dovranno eventualmente premiare con il proprio voto.

Quindi credo che questo emendamento, per quanto ci riguarda, non vada approvato, perché naturalmente non ne condividiamo né lo spirito né le motivazioni, anche se diamo atto che una certa situazione di divario esiste, ma non è certamente in questo modo che la si può risolvere, anche perché questo emendamento comporterebbe

una ripartizione che prescinderebbe dalle qualità e quindi ci troveremmo costretti, ad esempio in alcuni comuni, soprattutto quelli più piccoli, a dover riempire le liste di persone che magari si ritengono anche poco affidabili, perché altrimenti non c'è la possibilità di concorrere.

PRESIDENTE: La parola al cons. Leitner.

LEITNER: Danke, Herr Präsident.

Es ist mir klar, daß dieses Thema ein sehr heikles Thema sein kann, wenn man es eben aus dieser Antithesenposition heraus betrachtet. Wir haben immer erklärt, bei jeder Gelegenheit, wo es um die Chancengleichheit ging, daß wir natürlich für Chancengleichheit sind, aber ich halte sehr wenig von Reglementierung. Wenn wir hier ein Papier ausgehändigt bekommen haben vom Landesbeirat für Chancengleichheit zwischen Mann und Frau zu diesem Gesetz, dann lese ich im vorderen Teil von Quoten, von Kontingentierungen, von geschlechtgerechter Vertretung, von Mindestquoten usw. Ich komme mit diesen Worten nicht sehr gut zurecht, weil ich glaube, daß man über diesen Weg das Ziel nicht erreicht oder es nicht leichter erreicht. Ich wünsche mir, daß mehr Frauen für die Politik zu gewinnen sind. Dazu haben die Frauen eine Aufgabe; dazu haben auch wir eine Aufgabe und ich glaube, es entspricht dem Selbstverständnis jeder modernen Partei, daß man versucht Frauen für die Politik zu gewinnen. Mit diesem Gesetz, mit dieser Quotenregelung gewinne ich die Frauen nicht, sondern ich zwingt sie dazu, weil man sonst die Liste nicht einreichen kann. Was geschieht dann in der Praxis? Man tut Frauen auf die Liste wohlwissend, daß sie eh nicht gewählt werden, dann entsteht intern eine Diskriminierung, meiner Meinung nach. Man tut es nur, um die Pflicht zu erfüllen. Man tut es hier nicht aus Überzeugung. Mich würde hier sehr interessieren ob es in Schweden eine Quotenregelung gibt. Ich weiß es nicht, ich bewundere aber daß die schwedischen Frauen 41 Prozent ihrer Vertreterinnen ins Parlament entsandt haben. Meines Wissens gibt es keine Quotenregelung, aber ich lasse mich gerne berichtigen. Die Quoten erinnern mich an die EU-Gesetze, wo alles kontingentiert ist. Jetzt will man auch die Frauen kontingentieren. Davon halte ich persönlich nichts. Ich kann nur appellieren an alle Parteien, auch an die Frauen, aber auch an die Männer, aus Überzeugung Frauen hineinzuholen. Ich bin schon der Meinung, wie es hier heißt, daß Beschlüsse von entscheidenden Institutionen an demokratischer Qualität zu gewinnen haben, aber nicht daß sie an Rechtsmäßigkeit zu gewinnen haben, denn sonst wären alle Beschlüsse, die die Männer machen, nicht rechtsmäßig. Solche Dinge kann man doch nicht formulieren. Ich bin überzeugt davon, daß man sich hier auf den falschen Weg begibt. Ich möchte nur an alle appellieren, Frauen für die Politik zu gewinnen. Eine Frau hat die Möglichkeit sich am öffentlichen Leben zu beteiligen. Das ist eine freie Entscheidung der Frau. Wir erinnern uns alle an die Bilder aus dem Deutschen Bundestag, wo Abgeordnete Kinder mitgenommen haben und sie auch im Bundestag gestillt haben usw. Das ist keine moralische Interpretation bei Gott, aber ob man den Kindern damit einen Gefallen tut, weiß ich nicht. Das muß jede Frau dann sicherlich selber entscheiden.

Also ich halte nichts von Quoten, von Reglementierungen und von solchen Ausdrücken, damit kann ich mich nicht anfreunden. Ich stimme aus Überzeugung gegen den Abänderungsantrag, weil ich grundsätzlich für Chancengleichheit bin und gegen Quoten. Jede Frau kann, meiner Meinung nach, kandidieren. Es kann auch eine Liste geben, wo die Frauen in der Mehrheit sind. Es wird heute nicht der Fall sein. Wenn es einmal so sein sollte, hätte ich nichts dagegen.

(La ringrazio signor Presidente!

Sono consapevole del fatto che l'argomento oggetto del presente dibattito può, se osservato da una posizione antitetica, rivelarsi alquanto delicato. Il mio partito si è da sempre espresso a favore delle pari opportunità ed in ogni occasione ci siamo adoperati in tal senso, ma tuttavia desidero far presente che non sono un sostenitore della regolamentazione delle quote. Da un'analisi del documento inviatici dalla Consulta provinciale per le pari opportunità spiccano termini quali quote, contingentamento, rappresentanza equa dei due sessi, quote minime ecc. Debbo dire che questi termini non mi convincono poiché sono dell'avviso che non sia questa la strada da imboccare per raggiungere la meta o per raggiungerla con maggior facilità. Mi auguro che un numero maggiore di donne possa essere convinto di attivarsi in politica e in proposito tutti noi, le donne ed anche i rappresentanti di questo consesso, siamo chiamati ad adoperarci. Ritengo che ogni partito debba cercare di rendere la politica più attraente per le donne. Con la presente legge, ovvero con l'introduzione di una certa quota da riservare all'altro sesso, non si incentivano le donne ad entrare a far politica bensì le si obbligano. Permettetemi di entrare brevemente nel merito dei risvolti pratici che una tale norma potrà produrre. Un determinato numero di posti sulle liste sarà riservato alle donne e queste, pur essendo pacifico che non verranno elette, verranno candidate. In tal modo, a mio avviso, all'interno del partito si crea una discriminazione, non essendo la presentazione delle donne il frutto di un convincimento bensì il risultato di un obbligo imposto per legge. Mi interesserebbe sapere se in Svezia è stata introdotta una certa quota da riservare alle donne. Purtroppo non ne sono a conoscenza, ma ciononostante ritengo alquanto positivo il fatto che le donne svedesi siano riuscite a conquistare il 41% dei seggi in seno al Parlamento. Da quanto mi è dato sapere non c'è, in Svezia, alcuna regolamentazione delle quote, ma sarei grato se qualcuno potesse informarmi a riguardo. Le quote mi richiamano alla mente le leggi della CEE tese a regolamentare tutto, ed ora anche le donne debbono essere soggette ad una regolamentazione, e con ciò non mi posso trovare d'accordo. Pertanto rivolgo un appello a tutti i partiti, a tutte le donne ed agli uomini, affinché si convincano di eleggere donne. Condivido quanto sostenuto nel documento che ci è stato consegnato, ovvero che le deliberazioni prese dalle maggiori istituzioni debbano essere migliorative da un punto di vista democratico. Non sono però dell'avviso che debbano migliorare anche dal punto di vista giuridico, poiché ciò presupporrebbe che tutte le delibere adottate dagli uomini siano da considerarsi illegittime. Ritengo poco opportuno formulare siffatte proposte. Sono convinto che questa non sia la strada da imboccare e pertanto rivolgo un invito a tutti affinché cerchino di rendere la politica più attraente per

le donne. La donna già oggi ha la possibilità di partecipare alla vita pubblica, ed ogni decisione in tal senso spetta alla donna stessa. Tutti noi abbiamo presenti le immagini del Parlamento federale, le donne consiglieri che vi hanno portato i bambini, che li hanno allattati ecc. Non voglio certo fare il moralista, tuttavia non so se ciò sia a beneficio dei bambini. Ogni madre è comunque libera di fare come più ritiene opportuno per il bene dei propri figli.

Pertanto ritorno a dire che non sono un sostenitore delle quote, delle regolamentazione e che non riesco ad abituarvi a questi termini. Pienamente convinto voterò contro l'emendamento in quanto sono a favore della pari opportunità e di conseguenza contro la regolamentazione delle quote. Ritengo che tutte le donne possano candidarsi, sempre che lo desiderino. In futuro ci potranno essere delle liste che vedono il sesso femminile nella maggioranza e ribadisco che una tal cosa non mi dispiacerebbe.)

PRESIDENTE: La parola al cons. Magnabosco.

MAGNABOSCO: Ho notato che tutti gli intervenuti, quanto meno gran parte, se non tutti, hanno dato per scontato che questo terzo o quarto debba essere riservato alle donne, dando per scontato anche che nel futuro una minore presenza in lista, determinata dal fatto che gli uomini siano necessariamente alla guida delle forze politiche e quindi impongono una lista 'maschilista', usando un termine che non mi piace. Dirò che, se nei vari consessi politici, come nel nostro, la presenza femminile fosse maggiore credo ne guadagneremmo tutti, perché è difficile che una signora manchi di garbo e costringe pertanto l'interlocutore avversario politico, magari di idee del tutto opposte, ad avere almeno un garbo che si avvicina al loro, quando ci si contrasta sul piano politico, cosa che sempre apprezzo, cioè un certo modo di affrontare i problemi, anche nel contrasto duro sul piano dialettico e politico in genere.

Detto questo, preannuncio che voto contro l'emendamento ed anche all'articolo, non mi piacciono queste riserve, anche perché sono convinto di una cosa: dopo aver detto che riterrei utile per tutta la dialettica politica una maggior presenza dell'elemento femminile, non credo che tale problema sarà risolto aumentando il numero delle candidate, perché tutti hanno parlato di questo: un terzo riservato alle donne, anche se leggendo e l'articolo e l'emendamento non si parla di riserva per le donne, ma per l'uno o per l'altro gruppo... La verità è che così andrà a finire, che saranno un terzo le donne e due terzi gli uomini, probabilmente o metà e metà.

Ritengo che con la maturazione che c'è oggi soprattutto nell'elemento femminile, perché non mi risulta, a me almeno non è mai accaduto di sentire che una persona del sesso diverso dal mio che volesse entrare in una lista abbia mai avuto ostacoli, se vuole credo che ogni partito sia ben felice di ospitarla, il problema è, semmai, e ne ho sentito accennare, di arrivare ad un cambiamento di mentalità, cambiamento che avviene gradualmente mano a mano che aumentano le signore che si espongono e che ottengono dei risultati politici. Ma perché questo avvenga non è certamente allargando la loro presenza in modo artificioso, per costrizioni di legge, che

si ottiene quel risultato, anzi temo che, se la mentalità è quella che è, e nessuno può contestarmi questo, in questo momento e nei prossimi anni, fin che l'evoluzione non ci sarà, se noi allarghiamo di molto il numero delle candidate, la possibilità di elezione di donne nei vari consigli non aumenterà, ma diminuirà, perché coloro che sono portati o portate a ritenere valida la presenza femminile in un consesso, vedranno la necessità di disperdere il loro sforzo fra un numero maggiore di concorrenti femminili; io stesso anche a Bolzano mi sono impegnato in ogni elezione per sostenere nel comune o nelle varie posizioni qualche donna, ma dico che, se invece di individuarne due o tre al massimo mi fossi trovato davanti ad una presenza maggiore, avrei avuto più difficoltà per ottenere qualche risultato, quindi non credo che giovi questa norma ad aumentare la presenza femminile nei vari consessi, anzi ritengo che possa essere nociva e dispersiva, stando questa mentalità che tutt'ora è diffusa ed ho sentito vari oratori prendere atto di questo; non credo che abbiamo imboccato la strada migliore, la strada è semmai un'altra.

PRESIDENTE: La parola al cons. Montefiori.

MONTEFIORI: Grazie, signor Presidente. Praticamente da quando sono nato sono vissuto in un mondo dove le donne avevano gli stessi diritti degli uomini, in casa mia non ho mai sentito...

(Interruzione)

MONTEFIORI: Vi pregherei di non sorridere, come non dovevate sorridere quando parlavano le donne! Comunque gradirei fare questo breve intervento, diversamente dirò solo che voto a favore e basta, ma volevo sottolineare che mi sono leggermente stupito, perché non credevo...

(Interruzione)

MONTEFIORI: Nei miei rapporti da pochissimo che ho con la politica non ho mai pensato di dover assolutamente favorire le donne, perché quando parlo con la cons. Mayr o con le altre consigliere tutte non faccio questioni di sesso, anzi, sono più carine, belle e profumate, ma non mi interessa che sia donna o uomo, non credevo che uno venisse eletto di più o di meno secondo il sesso, quindi, ripeto, mi sono stupito di tale questione e inizialmente devo dire che non l'ho nemmeno compresa, poi ho fatto un'ulteriore riflessione: mi sembra che nelle liste del MSI ci fossero 4 o 5 signore e nessuna è stata eletta, e va bene, nelle liste del SVP mi sembra che ce ne fossero 4 o 5 e nonostante che l'elettorato sia in maggioranza femminile - lo abbiamo sentito -, esso ha deciso di non votare le sue donne; noi, in Alto Adige ne avevamo presentato 5 e non ne è stata eletta nemmeno una, comunque, fatte queste riflessioni, probabilmente da poco, visto che le consigliere qui presenti desiderano che si voti questo emendamento, io, ripeto, non ero abituato a dividere il mondo politico al maschile e al femminile, ma se lo ritengono opportuno ben venga un voto, anche perché la mia rappresentanza politica a

Bolzano mi ha lasciato piena libertà di voto, quindi posso votare come meglio ritengo, nonostante che la Lega Nord a livello nazionale non sia a favore di queste cose. Voterei a favore addirittura anche per il 50%, perché non comprendo il terzo, visto che siete la metà. Se siete la metà, e facciamo questione di voti, perché un terzo? Tutto sommato sareste penalizzate, quindi per me andrebbe bene anche il 50%, comunque voterò a favore.

PRESIDENTE: La parola all'assessore Messner.

MESSNER: Ich hätte nichts dagegen, wenn hier mehr Frauen sitzen würden oder in vielen anderen Gremien auch mehr Frauen sitzen würden, um Politik gemeinsam mit den Männern, aber vor allen auch frauenspezifische, familienspezifische Sozialpolitik zu betreiben, die vielleicht - es muß nicht sein, denn Frauen etwas mehr liegt als den Männern. Die Tatsache aber, daß hier nicht mehr Frauen sitzen, liegt nicht daran, daß keine Kandidatinnen oder nicht eine bestimmte Anzahl von Kandidatinnen aufgestellt wurden, sondern daß sie nicht gewählt worden sind. Deswegen glaube ich, stimmt das Argument nicht, das die Kollegin Zendron gebracht hat, nämlich schauen wir uns den Regionalrat an. Es waren schon mehr Kandidatinnen drauf, aber sie sind nicht gewählt worden. In Schweden sind sie gewählt worden. Es wird dort schon eine fortschrittlichere gesellschaftspolitische Anschauung herrschen. Aber ich bin dagegen, daß wir eine große Quotenregelung, wie es von den Frauen vorgeschlagen ist, was die Provinz Bozen anlangt, von einem Drittel festlegen. Denn wenn wir dieses Drittel nicht finden, dann müssen die Listenplätze leer bleiben. Das glaube ich, ist nicht richtig. Denn dadurch nehmen wir den Wähler die Möglichkeit, eine größere Auswahl zu treffen. Ich glaube, es ist sinnvoll für jede Partei und für den Wähler interessant, wenn wir versuchen, die Listen voll zu machen. Die Realität ist heute die, zumindest in vielen kleineren, ländlichen Gemeinden Südtirols, daß wir ein Drittel nicht finden. Das kann aus Familiengründen sein, aus verschiedenen anderen Gründen. Aber wenn es so ist, daß die Frau nicht Politik machen kann, weil sie zu Hause bei der Familie sein muß, dann müssen wir versuchen, das zuerst zu ändern und nicht eine große Quotenregelung zu treffen, ohne die Voraussetzungen zuerst geschaffen zu haben, damit sie überhaupt sich einer Kandidatur stellen. Ich denke es wäre richtiger zuerst diese Voraussetzungen zu schaffen. Ich möchte keinesfalls den Eindruck erwecken, daß ich nicht dafür bin, daß Männer auch zu Hause bleiben sollten, aber ich glaube in den meisten Fällen können die Frauen einfach mit den Kindern besser umgehen. Deswegen spreche ich mich dagegen aus, daß in der Provinz Bozen ein Drittel auf jeden Fall an Kandidaten von den Frauen eingenommen werden muß. Ich denke die Frauen sind stark genug um sich durchzusetzen. Aber wenn wir schon eine Quotenregelung treffen wollen, dann fangen wir doch einmal bei etwas weniger an. Fangen wir bei einem Viertel an und wenn es gelingt, daß dieses Viertel auch gewählt wird, dann glaube ich, werden diese Frauen so Politik betreiben, daß wir vielleicht in Zukunft keine Quotenregelung mehr brauchen. Denn eine Quotenregelung ist immer eine schlechte Regelung. Aber wenn Sie schon glauben, dann fangen wir doch klein an, denn es könnte auch kontroproduktiv sein.

Fangen wir also klein an und machen wir Propaganda, daß ein Viertel der Frauen gewählt wird, dann glaube ich, gehen wir einen guten Weg. Danke.

(Non mi dispiacerebbe se in quest'aula o in altre istituzioni vi fosse un numero maggiore di donne disposte a collaborare con gli uomini nella politica. Esse potrebbero forse attivarsi nel campo della politica della famiglia e della donna per la quale sono sicuramente più portate rispetto agli uomini. Il fatto che il numero delle rappresentanti femminili qui presenti non sia maggiore, non è dovuto alla mancata presentazione delle candidate sulle liste, ma è da attribuire alla mancata elezione delle stesse. Pertanto non ritengo pertinente le argomentazioni prodotte dalla cons. Zendron che a titolo dimostrativo si è riferita alla situazione del Consiglio regionale. Il numero delle donne presenti sulle liste era ben maggiore, ma purtroppo non sono state elette. In Svezia, dove forse le condizioni socio-politiche sono più favorevoli, le donne sono invece state elette. Tuttavia mi esprimo contro l'introduzione della quota di un terzo da riservare al sesso debole come proposto per la provincia di Bolzano. Se non dovessimo riuscire a trovare tante donne quante sono necessarie per coprire un terzo dei posti sulle liste, saremmo costretti a lasciare tali posti vacanti. E ritengo questo poco opportuno, dal momento che priviamo l'elettore della possibilità di operare una maggior scelta. Sono dell'avviso che ogni partito nonché tutti gli elettori possano trarre vantaggio dal fatto che le liste dei candidati sono complete. La realtà, soprattutto nei paesi piccoli, è che non riusciamo a convincere le donne ad entrare in politica. I motivi sono senza dubbio di carattere familiare, ma certo anche di altro genere. Ma se il mancato interesse della donna per la politica è dovuto al fatto che è costretta a dedicarsi ai lavori di casa, allora, a mio avviso, dobbiamo innanzitutto adoperarci in tal senso, invece di introdurre una regolamentazione delle quote senza aver creato i presupposti necessari che permettono alle donne di presentarsi alle elezioni. Pertanto ribadisco che a mio avviso sarebbe auspicabile creare dapprima i presupposti necessari per la candidatura delle donne. Non voglio certo suscitare l'impressione di essere maschilista, ma ciononostante sono dell'avviso che le donne siano più portate per i lavori di casa e per educare i figli. Quindi sono contrario affinché in provincia di Bolzano si riservi un terzo dei posti sulle liste all'altro sesso. Sono dell'avviso che le donne siano abbastanza forti per farsi valere. Ma se ciononostante vogliamo introdurre una certa quota da riservare alle donne, dovremmo, a mio avviso, prevedere una percentuale più esigua. Pertanto propongo di prevedere la quota di un quarto e se tale numero di candidate sarà eletto, non si renderà, in futuro, necessaria alcuna regolamentazione in quanto le donne elette dimostreranno di essere all'altezza di svolgere il proprio lavoro. Ritengo una soluzione negativa quella di chiudere la candidatura del sesso femminile nel ghetto di una quota. Ma se questo consenso è di altro avviso, propongo di prevedere una quota bassa, poiché altrimenti essa si potrà rivelare controproducente. Pertanto invito tutti a sostenere l'introduzione di una quota minima e contestualmente ad adoperarsi affinché un quarto di donne venga eletto. Ritengo questa una via percorribile che ci permetterà di raggiungere gli obiettivi che ci siamo prefissi. Vi ringrazio per l'attenzione.)

PRESIDENTE: Ci sono altri interventi prenotati, la prima ad intervenire domani mattina sarà la cons. Klotz.

Sono le ore...

(Interruzione)

PRESIDENTE: No, il Presidente guarda sempre il suo orologio.

Ricordo all'assemblea e ai capigruppo che domattina è convocata la Conferenza dei Capigruppo alle ore 9.30.

La seduta è tolta.

(ore 18.00)

INDICE

INHALTSANGABE

Disegno di legge n. 15:

Elezione diretta del sindaco e modifica del sistema di elezione dei consigli comunali della regione (presentato dalla Giunta regionale)

Gesetzentwurf Nr. 15:

Direktwahl des Bürgermeisters und Änderung des Systems zur Wahl der Gemeinderäte der Region (eingebracht vom Regionalausschuß)

pag. 3

Seite 3

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

KLOTZ Eva <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	pag.	3-21-31-34
ZENDRON Alessandra <i>(Gruppo Verdi - Grüne - Vërc)</i>	"	7-22-26-38
PINTER Roberto <i>(Gruppo Solidarietà - Rifondazione)</i>	"	8-29-31
TAVERNA Claudio <i>(Gruppo Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale)</i>	"	9-28-30-32
WILLEIT Carlo <i>(Gruppo Ladins - Autonomia Trentino)</i>	"	9-24
BENEDIKTER Alfons <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	10
LEITNER Pius <i>(Gruppo Die Freiheitlichen)</i>	"	15-16-47
GIOVANAZZI Nerio <i>(Gruppo Partito Popolare)</i>	"	16-23-27-31
GIORDANI Marco <i>(Gruppo Partito Popolare)</i>	"	19
BONDI Mauro <i>(Gruppo A.D. - A.T. - P.S.D.I.)</i>	"	20-37
GRANDI Tarcisio <i>(Gruppo Partito Popolare)</i>	"	20
ATZ Roland <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	26-39
BENEDETTI Marco		

<i>(Gruppo A.D. - A.T. - P.S.D.I.)</i>	"	28
CHIODI WINKLER Wanda <i>(Partito Democratico della Sinistra)</i>	"	37
KURY Cristina Anna <i>(Gruppo Verdi - Grüne - Vërc)</i>	"	40
CONCI VICINI Paola <i>(Gruppo Partito Popolare)</i>	pag.	42
FRASNELLI Hubert <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	44
HOLZMANN Giorgio <i>(Gruppo Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale)</i>	"	46
MAGNABOSCO Armando <i>(Gruppo Misto)</i>	"	49
MONTEFIORI Umberto <i>(Gruppo Lega Nord Minoranze Etniche)</i>	"	50
MESSNER Siegfried <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	51

**Error
e. Il
segnal
ibro
non è
definit
o.**